

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Beilags-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäftsamt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Inserate
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 12. März 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende
 Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 200,—, 2. Kreis
 300,—, 3. Kreis 200,— (darunter Dr. R. 50,—), 4. Kreis Süd-
 ost 1000,— (darunter Clauß zum Harmlos 5,—), 5. Kreis 100,—,
 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 300,—, 6. Kreis
 Moabit 170,77 (darunter J. G. 3,—, 2 Oesterreicher, 1 Belgier —, 80,—),
 6. Kreis Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 500,—
 (darunter vom Maschinenbau des Vereins Oler erlicher Seemann
 durch Ver. R. 5,—, Kranzberg durch vom 657. Bezirk 4,—),
 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 850,— (darunter zur Agi-
 tation gegen den Brotwucher von Unkas 10,—, A. O. W. 10,—,
 1,50), Berlin, diverse Beiträge: Wirtschafts-Langensielau, Ober-
 baumstraße, 3,—, R. D. 4,—, Pfanzerverein „Georgina“ durch
 Hibel 3,10, Rest von der Kranzspende der Lederfabrik Salomon
 1,80, 6 Gutmacher, Rönigstr. 25, 10,—, Von Arbeitern der Neuen
 Berliner Genossenschaftsbäder 17,—, Buchhandl. Vorwärts 10 000,—,
 R. S., überweisen Honorar v. R. S. A. 14,50, A. O. 50,—, P. S.
 50,—, Wöbelpolier von Rimmel, Frankfurter Allee 15,—, Hilfs-
 arbeiter Accidenz-Abt. R. S. 20,—, R. G. 1,—, Ueberfüh einer
 Förderpartei v. d. Petersbaude 2,—, Mühlweg v. d. Buch-
 druckerei v. D. Elmer 4,—, Amerik. Kult. Sedanstr. —, 75, A. P. 3,—,
 Geburtslagel. Knopffabr. Manasse, Wollstraße, 3,50, Mitglied der
 II.-Dr. 4,20, W. 1,35, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buchbinderei
 von R. Wading 15,—, Dr. V. A. 50,—, Deutscher (Oberstl.) von
 einer oberstl. Bergarbeiterw. für erfolgreiche Hilfe im Kampfe
 um Unfallrente 20,—, Breslau, socialdemokratischer Verein 50,—,
 Bern 50,—, Bamberg, Solitarius 5,—, Chemnitz, Ueberfüh
 vom Kalender des Bergmeister von Sonnenberg 2,20, Chemnitz,
 16. jährl. Reichstags-Wahlk. 150,—, Dresden, 4. jährl. Reichstags-
 Wahlkreis 100,—, Dresden-Blasewitz, P. Alde —, 45, Dresden,
 2. Sch. 1,—, Dresden, Vortrag über die Voeren von einem geb.
 Maschinenführer durch Hausmann 36,24, Erfurt, Wahlkreis
 Erf.-Schl.-Ziegler 50,—, Eisenberg b. Chemnitz, von Neue Welt-
 Kalend. 1,50, Oberstb. l. S., ein Gemälde v. W. S. Erben —, 50,
 Falkenberg (Oberstl.) 17,—, Frankfurt a. M., durch den Vertrauens-
 mann 300,—, Forst i. L., v. den Parteigenossen 200,—, Gießen,
 E. A. (Dezemb.-Febr.) 30,—, Göttingen, P., Parteibeitrag 20,—,
 Georgenthal i. Vogtl., Nachschub zur Kranzspende 3,80, rote Kindertafel
 3,50, Sa. 7,90, Hamburg, 3. Wahlk. 10 000,—, Hamburg, 1. Wahlk.
 4000,—, Hamburg, socialdemokr. Verein des 2. Wahlkreises 5000,—,
 Kassel bei Bremen 10,—, Hannover 1000,—, Hagen i. W., Un-
 genannt 3,—, Hamburg, in der Expedition des „Echo“ im Monat
 Februar eingegangen 30,60, Hoffort a. M., 2. Richter 3,—, Han-
 nover-Linden, P. Bruns 1,06, Königshütte, Oberstl., durch Dr.
 W. B. i. W. 20,—, Klingenthal i. Vogtl., Ueberfüh der Kranz-
 spende für H. A. 10,90, Kiel A. G., Ueberfüh vom Refert 10,—,
 Ludwigshafen a. Rh., Parteibeitrag des Ganes Pfalz der social-
 demokratischen Partei Bayerns 200,—, Langerfeld im Wahlk. Hagen-
 Schwelm, volkstümlicher Wahlverein 20,—, Ludwigshafen a. Rh.,
 socialdemokr. Verein 100,—, Lahr i. W., Altvater 5,—, Lichtenstein-
 Gassenberg 15,—, Limmer, 9. hannov. Reichstagswahlkreis 50,—,
 Lindach, 15. jährl. Reichstagswahlkreis 400,— (darunter
 aus Oberstb. 5,—), München, socialdemokratischer Verein
 Nordost 15,—, München, Waldläufer 5,—, Meerane,
 17. jährl. Reichstagswahlkreis 2. Rate 25,—, Marktredwitz,
 von den Porzellanarbeitern 20,—, Meerscheid, Geburtsstag
 bei R. A. 1,30, Nürnberg-Altendorf, socialdemokr. Verein 20,—,
 Niederhammer Wahlkreis, durch den Kreisvertr. G. 500,—, Nieder-
 zwönitz, 19. jährl. Reichstags-Wahlkreis 100,—, Oagereheim (Pfalz),
 socialdem. Verein 25,—, Offenburg i. W., v. Alten Offenburger 3,—,
 Pöschingsteiner v. c. Justizratin, d. auch nicht z. Hofe geht 10,—, Sa. 13,—,
 Obbau, v. d. Cigarrenfabrikanten u. Maschinenbauern d. Fabr. G. Deter 70,—,
 Plauen i. V., J. 2,—, 50, Stuttgart, G. U. 10,—, Torgau, Wahl-
 kreis Torg.-Lützenau, d. d. Kreisvertr. 10,30, Waldheim, socialdem.
 Wahlverein 30,—, Württemberg 50,—, Yschopau, v. einem dummen
 Schwaben 3,—,
 Berlin, den 8. März 1901.

Für den Parteivorstand:
 A. Gerich, Kreuzbergstr. 80.

Eine Wendung.

—st.— Wien, 10. März.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus, das jahrelang die Stütze des
 wackelnden Treibens war, ist plötzlich die schaffende Arbeit eingezogen.
 So plötzlich und unermutet, daß die langmütigen Oesterreicher, die
 sich gewöhnt hatten, ihr Parlament als den Sammelpunkt des
 Stands anzusehen, ganz verwundert dreinschauen und die große
 Wendung gar nicht recht glauben wollen. Am zweiten März fand
 im Herrenhaus eine große politische Debatte statt — es wurde die
 Antwort auf die Thronrede beschlossen — und alle Redner, die da
 auftraten, bezeichneten die Lage als äusserst kritisch, den Zustand,
 dem Oesterreich verfallen, als verhängnisvoll. Fürst Lobkowitz, der
 Oberstaatsminister von Böhmen und Führer der böhmischen
 feudalen Oligarchie, erklärte sogar rund und nett, ein Central-
 parlament sei in Oesterreich überhaupt unmöglich; vorläufig bleibe
 nichts übrig, als der Absolutismus, der wieder nur von der Befehlsgebung
 der Landtage abgelöst werden könne. Und tags darauf war der
 Staat gerettet. Die Gesetze, die bis dahin die Obstruktion markiert
 hatten, das Haus gezwungen hatten, einen vollen Monat mit der
 Verhandlung höchst unruhiger „Dringlichkeitsanträge“ zu ver-
 zetteln, traten einen vollen Rückzug an und das Haus konnte ohne
 jede weitere Schwierigkeit sofort — zum erstenmale seit vier Jahren —
 an die Erledigung der Tagesordnung gehen. Die gute Stimmung
 befehlte sich noch durch einen Zwischenfall, der für die Sitten, die
 im österreichischen Parlament üblich geworden sind, höchst bezeichnend
 ist. Während nämlich die offiziellen Junggehehen einzuweihen
 wie Körbers Unteroffiziere, beharren die kleinen Gruppen der ge-
 schickten Agrarier und der aus drei Köpfen bestehenden Nationalsozialen
 in ihrer intonanten Haltung, die nichts Geringeres bezweckt, als
 das Centralparlament in Trümmer zu legen. Einer von diesen

Kindsköpfen beging nun Dienstag die Ungezogenheit, sich un-
 versehen an den den Vorsitz führenden Vizepräsidenten heran-
 zuwenden und ihm das Papier, aus dem dieser gerade die in einer
 Debatte zum Worte vorgemerkten Redner ablas, aus der Hand zu
 reißen. Flugs stürzten sich einige deutsche Abgeordnete auf den
 Uebelthäter und prägten ihn tüchtig durch. Prügeln ist hier nicht
 etwa sinnbildlich zu nehmen, sondern Herr Frehl — so heißt jener
 seltsame Volksvertreter, nebenbei bemerkt einer von jenen Helden, die den
 Socialdemokraten Mandate abnahmen — wurde thatsächlich im
 Sitzungssaale gefoltert und geschlagen, bis er blutend und bewußtlos
 zu Boden fiel. Sonst hätte sich nun an einem solchen „Zwischen-
 fall“ die nationale Wut entzündet, die Stammesgenossen wären dem
 Uebelthäteren sichtlich zu Hilfe gekommen. Diesmal kam es anders.
 Die Junggehehen verleugneten den geprägten „Wildling“, sie be-
 schimpften und verhöhnten ihn, und so wie ihnen dafür die
 Deutschen im Saale applaudierten, so belobt sie nun die deutsche
 Presse. Die Prügel, die Herr Frehl erhielt, haben den Baum ge-
 brochen und seitdem herrscht zwischen Deutschen und Tschechen eine
 Eintracht, wie sie schon seit langem in Oesterreich nicht erlebt
 worden ist.

Das Parlament hat sich auch sofort in den Strudel der Körber-
 schen Vorlagen gestürzt, und während früher die faulen Abgeord-
 neten zur Arbeit nicht zu bewegen waren, ist jetzt die Arbeitslust wie
 eine Epidemie ausgebrochen. Das, was das Parlament schafft, ist
 freilich weniger lieblich; die Genugthuung, daß überhaupt gearbeitet
 wird, läßt es Einem vergessen, daß solche Arbeit wenig nützlich ist.
 Vor allem wird natürlich das Rekrutengesetz — eine Vorlage,
 wodurch die Aushebung der Rekruten für dieses Jahr be-
 willigt werden soll — beschlossen werden. Dann kommt die
 neue Steuer dran: die Erhöhung der Branntweinsteuer zu
 Gunsten der Länder. Das Erträgnis der Steuererhöhung soll
 nämlich den Ländern überwiehen werden, um ihre so arg zerrütteten
 Finanzen einigermaßen zu sanieren. In Oesterreich sieht nämlich den
 Ländern kein Steuerrecht zu; ihre Einnahmen erhalten sie nur durch
 Zuschläge zu den staatlichen Abgaben. Infolgedessen ist selbst
 in wohlhabenden Ländern, wie in Böhmen, die Geldnot aufs höchste
 gestiegen, und dieses reiche Industrieland vermag die so notwendige
 Erhöhung der Lehrergehälter nicht durchzuführen, wenn ihm das
 Reich mit der Ueberweisung aus der Branntweinsteuer nicht zu
 Hilfe kommt. Das plötzliche Einschwenken der Junggehehen ist also
 nicht zum geringen Teile durch die Natur dieser zwei Gesetzentwürfe
 bedingt: das Rekrutengesetz zu obstruieren, dürfen sie aus Rücksicht
 auf den Hof nicht, der alles eher verträgt und alles eher vergißt,
 als „Attentate“ gegen den Militarismus, und das Branntwein-
 gesetz zu verschleppen, konnten sie nicht, weil sie sich da hauptsächlich ins
 eigene Fleisch schneiden würden. Diese zwei Gesetze werden vor den
 Osterferien fertig werden, vielleicht auch noch ein paar gesetz-
 geberische Bagatellen; die große Investitionsvorlage, durch die
 Investitionen von einer halben Milliarde Kronen beschlossen werden sollen,
 aber sicherlich nicht. Zu einer solch schweren Last ist das kaum
 eingerichtete Haus noch nicht tragfähig genug; diese Belastungsprobe
 würde es nicht aushalten. Zudem ist gegen eine der größten
 Investitionen, die Lauerbahn, die die langersehnte zweite Ver-
 bindung mit Triest, Oesterreichs Seehafen, schaffen soll, eine starke
 Störung entstanden. Von den Abgeordneten der nördlichen
 Provinzen wird nämlich als Kompensation der Bau jener Kanäle
 gefordert, die die österreichische Industrie nun nicht länger entbehren
 kann, zu deren Förderung aber keine Regierung mehr aufbringt als
 platonische Zusicherung und unverbindliche Enqueten. Die kritische
 Zeit des Parlamentes und auch der körberschen Ministerberichterstattung
 wird also erst nach den Osterferien anbrechen; dann erst wird es sich
 zeigen, ob die Wendung, die seit einer Woche Oesterreich zu bewundern
 hat, eine Episode war oder wirklich ein Wandel zum Besseren, zur
 normalen Führung des Parlamentes.

In Oesterreich ist der politische Kaufhandel so üblich, daß all-
 gemein die Frage geht, was den Junggehehen für ihr Einschwenken
 wohl gezahlt worden sei. Herr v. Körber versichert nachdrücklich, daß
 es keinerlei politische oder nationale Konzessionen waren, die ihm die
 Gunst der stürischen Junggehehen erwarben, er hätte ihnen nur
 wirtschaftliche Vorteile zugesichert. Diese seien einerseits Flus-
 regulierungen, andererseits eine staatliche Unterföhrung für die Be-
 dürfnisse der Stadt Prag, vornehmlich für den so notwendigen Bau
 einer Trinkwasserleitung in der böhmischen Hauptstadt. Man könnte
 sich also versucht fühlen, an dem Verzicht auf die Obstruktion aus
 solchen Ursachen das Uebergewicht der ökonomischen Thatsachen über
 alle Ideologien hinweg nachzuweisen zu wollen; die Regulierung des
 obren Laufs der Elbe hätte danach über die nationalen Ueberspann-
 heiten den Sieg davongetragen. Wir glauben aber nicht, daß
 ein solcher Schulfall der materialistischen Geschichtsauffassung hier
 vorliegt. Die Junggehehen hatten einfach nicht die Courage,
 dem Parlament den Todesstoß zu geben; die Furcht vor
 dem Unbekannten ist es, die dem stehenden Gange die
 neue Gnadenfrist verschafft hat. Wenn die Junggehehen so thun, als
 sei ihnen Gott weit was versprochen worden, und die Deutschen Un-
 trüge zeigen über Konzessionen, die hinter ihrem Rücken bewilligt sein
 sollten, so ist das alles nur Pöffe. Die Wahrheit ist vielmehr, daß
 der Entscheidungskampf um das Dasein des Pa-
 lamentes vertagt worden ist. Die so überraschend auf-
 getretene „Arbeitsfähigkeit“ des Parlamentes ist im Grunde nur der
 Versuch, mit den wirtschaftlichen Fragen die nationalen Zerwürfnisse
 zu ersticken, ist die Probe auf das Exempel, ob die nationalen
 Streitfragen nicht für eine gewisse Zeit aus dem Parlamente aus-
 geschaltet werden können. Nicht ausgeschaltet, indem man sie aus-
 trägt, sondern ausgeschaltet, indem man sich einigt, von ihnen nicht
 zu sprechen, an sie nicht zu denken. Es ist klar, daß der Versuch nur
 für eine recht kurze Zeit gelingen kann; von Rekruten und Branntwein
 kann ein Parlament auf die Dauer nicht leben. Herr v. Körber hat

nicht mehr gewonnen als Zeit, aber in einem so zerrütteten, an
 allen Gliedern kranken Staat ist auch das nicht zu verachten. Vor-
 läufig hat die „leidenschaftliche Beharrlichkeit“, die Herr v. Körber
 längst als den Inhalt seiner Politik proklamierte, nicht gerade unge-
 schickt manövriert und einen Erfolg errungen, den vor einem Monat
 wohl niemand hätte voraussetzen wollen.

Freilich, im Spiegel des historischen Notwendigen zählen derlei Er-
 folge blutwenig, und die Klünste des Herrn v. Körber werden den Unter-
 gang des Privilegienparlamentes nicht aufhalten. Der Untergang wird
 kommen, weil er kommen muß, weil dieses Parlament im Wider-
 spruch steht mit den sozialen, politischen und nationalen Notwendig-
 keiten Oesterreichs. Das Parlament wird sterben, aber, um mit
 einer alten Anekdote zu sprechen, es läßt sich nicht erwürgen.
 Das Parlament muß eines natürlichen Todes sterben —
 an Altersschwäche, sonst glaubt niemand, oder wenigstens jene
 glauben es nicht, auf deren Glauben es so stark ankommt: daß sein
 Tod unvermeidlich war. Die österreichischen Arbeiter sind
 freilich nicht ohne Grund darüber erbittert, daß diese Agonie so
 gräßlich lange dauert, und es mehren sich die Stimmen, die zu
 einem frischen, fröhlichen Kampf gegen das privilegierte und ver-
 derbte Parlament rufen. Der Kampf ist gut, aber das Problem
 liegt dennoch so, daß vor allem dem Parlament seine Lebens-
 unfähigkeit klar werden muß. Und dazu muß man ihm eben —
 Zeit gönnen.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 11. März.

Kolonialeletat.

In einer einzigen Sitzung wurde der ganze Kolonialeletat er-
 ledigt. Und die Liste unres Kolonialbesitzes ist dabei schon recht
 umfangreich. Der „Blitz an der Sonne“ zählt als Pachtung nicht
 einmal mit, aber wir erfreuen uns des gefegneten Besitzes von Ost-
 afrika, Togo, Kamerun, Südwestafrika, Neu-Guinea, der Karolinen-
 und Palau-Inseln, der Marianen und Samoa's.

Ein Streitpunkt wurde allerdings ausgeschieden, nämlich der
 Bau einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mpororo, für
 den als erste Rate zwei Millionen gefordert waren. Im
 Vorbergrunde der Diskussion stand die Sklavereifrage, die
 gleich beim Etat für Ostafrika von Debel und Vollmar auf-
 gerollt wurde. Die Sklaverei, angeblich verpönt, danert als Haus-
 slaverei, die gebildet ist, und nicht nur in dieser Form fort. Es
 besteht der unerbörte Zustand, daß die Kinder, die von Hausflaven
 geboren werden, thatsächlich als Sklaven gelten. Herr
 Dr. Stäbel gab dies mit großer Seelenruhe zu. Die Mehrheit
 des Hauses verwarf die Sklaverei. Während Graf Stolberg und
 Herr v. Kardorff die Hausflaverei als unabwendbar beschönigten,
 schwieg das Centrum ganz, das sich sonst auf seinen christlichen
 Kampf gegen den Sklavenhandel und den Sklavenraub so viel zu
 gute thut.

Schlimm sieht es mit den Zuständen in der ostafrikanischen
 Kolonie überhaupt aus. Immer höher wachsen die Zuschüsse des
 Reichs, und trotz aller Schönfärbereien der Interessenten bleibt der
 Erfolg aus. Der Handel geht zurück und ein harter Steuerdruck
 lastet auf den armen Eingeborenen. Die drückende Hüttensteuer
 wird nach den Berichten sachverständiger Beobachter unter Blut-
 vergießen eingetrieben. Fortwährend brechen Aufstände aus.

Der neue Kolonialdirektor konnte gegen dieses Bild, das
 Debel entrollte, nicht viel sagen. Sein Debut fiel nicht besonders
 glücklich aus. Herr Dr. Stäbel, ein langer, blasser Herr, ist ein
 sehr mittelmaßiger Redner, der keinen Satz glatt zu Stande bringt.
 Angenehm fällt an ihm aber der Mangel an Schneidigkeit auf. Er
 giebt keine Antworten, wenn sie auch ungenügend sind, wenigstens
 liebenswürdig und entgegenkommend ab.

Herr v. Frege hatte wieder arges Malheur. Die Budget-
 kommission hatte die für die Fortsetzung der Tanga-Niuhela-Wahn
 von Sarogive nach Mando geforderte Kleinigkeit von rund
 1 1/2 Millionen Mark gestrichen. Es ist ein altes parlamentarisches
 Gerkommen, die Beschlüsse der Kommission zur Grundlage für die
 Abstimmungen der zweiten Lesung zu nehmen. Grunter durch Herrn
 Gaffes Zuspruch war Herr v. Frege so tollkühn, mit der Praxis zu
 brechen und den Versuch zu machen, über die Regierungsvor-
 lage, deren Wiederherstellung von keiner Seite beantragt war,
 abstimmen zu lassen. Das bekam ihm sehr übel. Richter war so
 boshaft, mit der Begünstigung der Beschlußfähigkeit des Hauses
 zu drohen. Graf Wallerstrem eilte seinem Kollegen, der sich gar
 keinen Rat wählte, zu Hilfe, und auf seinen Rat trat Herr v. Frege
 unter dem stürmischen Gelächter des Hauses den Rückzug an. Er
 ließ über den Antrag der Budgetkommission abstimmen, der denn
 auch angenommen wurde. Richter hatte keine Zweifel natürlich so-
 fort überwunden, sobald der Vizepräsident nachgegeben hatte.

Beim Etat für Kamerun gab der konservative Schreympf
 der Majorität die Ehre und rißte die grausame Behandlung der
 Schwarzen auf den Plantagen. Wie muß dort geprügelt werden,
 wenn selbst dieser Anhänger der Prügelstrafe die Behandlung zu
 brutal findet. Herr Dr. Stäbel versprach Untersuchung der An-
 gaben, die auch auf Sittlichkeitsverbrechen der Europäer hinweisen.

Beim Etat für Südwestafrika brachte Debel die em-
 pörende Behandlung nach dort geflohter Mädchen, die zu mehrfachen
 Selbstmorden geführt hat, zur Sprache. Dann kam er auf die
 Mordthat des Prinzen Prosper Krenberg zurück und stellte fest,
 daß der prinzipale Mörder, der vom Kriegsgericht ursprünglich zum
 Tode verurteilt war, erst zu 15 Jahren Zuchthaus und dann zu 15 Jahren
 unfreier Arbeit begnadigt worden sei. Hier unterbrach Graf Wallerstrem
 seinen Redner. Er, der bei den Duelldebatten nichts dagegen ein-
 zuwenden gehabt hatte, daß die Begnadigungen von Duellanten
 unter Anführung der einzelnen Fälle zur Sprache gebracht wurden.

wollte nicht zulassen, daß Bebel das Gnadenrecht der Krone, das dem nahen Verwandten eines hervorragenden Centrums-Abgeordneten zu gute gekommen, einer Kritik unterzog. Er stellte die Theorie auf, daß die Volkvertretung wohl über das Gnadenrecht im allgemeinen sprechen, aber den einzelnen Fall nicht vor ihr Forum ziehen könne. Diese Theorie ist staatsrechtlich haltlos. Alle Gnadenakte bedürfen der Gegenzeichnung des Ministers, der die Verantwortung dafür übernimmt. In diesem Fall wird wohl Graf Witlow selber den Begründungsakt gegenzeichnet haben. Gerade das Eingreifen des Präsidenten hat die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit darauf gelenkt. Bebel konnte mit vollem Recht sagen, daß das Land sein erzwungenes Schweigen vollkommen verstehen werde.

Dienstag steht der Reichs-Eisenbahnetat auf der Tagesordnung.

Verdummungsbestrebungen in Preußen.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag das Kapitel Elementar-Unterrichtswesen weiter beraten und dabei von neuem bewiesen, daß das Streben des von konservativ-kerikalem Geiste besetzten Parlaments einzig und allein darauf gerichtet ist, die Schule unter die Oberhoheit der Kirche zu stellen. Es handelte sich zunächst um die Frage der Schulaufsicht. Im Etat sind acht neue Stellen für Kreis-Schulinspektoren im Hauptamt vorgesehen. Die Budgetkommission hat fünf davon gestrichen und beantragte nur die Stelle für Charlottenburg und zwei Stellen für Bochum zu genehmigen. Bereits im Vorjahre hatte das Haus die geforderten sechs neuen Stellen abgelehnt, weil es lieber die Geistlichen im Nebenamt mit der Schulaufsicht betrauen will. Statt energisch die Forderung der Regierung zu vertreten, gab der Kultusminister Studt dem Drängen der konservativ-kerikalen Mehrheit insofern nach, als er betonte, daß auch die Regierung den christlichen Geist in der Volksschule pflegen und im allgemeinen die Verbindung des Volksschulinspektors mit dem geistlichen Amte aufrechterhalten wolle, daß aber das Verlangen nach Kreis-Schulinspektoren im Hauptamt doch in verschiedenen Ausnahmefällen berechtigt sei. Durch diese fromme Anschauung des Ministers wurden die Konservativen so geführt, daß sie „nach nochmaliger Prüfung der Verhältnisse“ der Regierung noch zwei weitere Stellen, die für Ipehoe und Neudinghausen, bewilligten, so daß im ganzen nur drei abgelehnt wurden. Außerdem ersuchte das Haus die Regierung, im nächsten Etat eine wesentliche Verstärkung des Fonds zu widerrücklichen Remunerationen für Kreis-Schulinspektoren im Nebenamt (jetzt 370 000 M.) vorzunehmen, damit die im allgemeinen als unzureichend erachtete Remuneration für nebenamtliche Wahrnehmung angemessen erhöht und zugleich die Möglichkeit gewährt wird, in geeigneten Fällen kleinere nebenamtliche Schulaufsichts-Bezirke zu bilden. Dieser Resolution ver sprach der Kultusminister nach Möglichkeit entgegenzukommen. Herr Studt scheint ein blindes Werkzeug in der Hand der Frommen beider Konfessionen zu sein.

Auch im weiteren Verlaufe der Sitzung ließen die Feinde jeder Bildung ihr Licht erstrahlen. Allen voran Herr Schall (L), der hoch erfreut über die Nichtgenehmigung eines Mädchengymnasiums in Köln eine Rede gegen die Emancipations-Bestrebungen der Frauen hielt, die noch tief unter dem Niveau der gemäßigtesten Verbannten steht. Herr Schall fürchtet, daß die Emancipations-Bestrebungen in manchen Familien unglücklichen Zwiespalt hervorrufen. Und er urteilt nicht etwa vom grünen Tisch herab, sondern aus der Praxis heraus, denn er hat neulich in der Pferdebahn mit eigenen Augen eine emancipierte Dame gesehen, die zwar griechische Verse citierte, im übrigen aber durch ihr Benehmen nicht nur bei ihm als Geisteskranker Anstoß erregte. Der arme Schall, dem fast so große Gefahren drohen, wie seinem lieben Amtsbruder Stöder!

Wie Herr Schall so will auch Herr Schmitz vom Centrum den Bildungsgefahren vorbeugen. Er wünscht, daß die Präparandenanstalten auf Dörfer verlegt werden und den Lehrern verboten wird, Ausflüge in die Städte zu machen, damit nicht das Verlangen der jungen Leute, in die Städte zu ziehen und die Unzufriedenheit mit den ländlichen Verhältnissen genährt wird. Hoffentlich erinnert der Bund der Landwirte Herrn Schmitz zum Ehrenmitglied.

Am Dienstag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Eine Streikdebatte im französischen Parlament.

Paris, 10. März.
Die Streik-Interpellation, von der sich die kapitalistisch-nationalistische Parteien so viel versprochen hatten, brachte ihnen eine schwere Enttäuschung. Ihre Rechnung, mit Hilfe der antiministeriellen Sozialisten das Ministerium unterzuzwingen, erwies sich desto falscher, als die Haltung der Regierung in den letzten Streiks keinen Sozialisten auf Ministersturz-Gedanken bringen konnte.

Ich habe bereits an dieser Stelle die Licht- und Schattenseiten der Regierungskaktion in den Streiks besprochen. Es genüge daher der Hinweis, daß die Regierung in ihren Erklärungen vor der Kammer sich, wie immer, auf der Mittelstufe zwischen der üblichen Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der materiellen Ordnung und der Rücksichtnahme auf die volle Bewegungsfreiheit der Streikenden hielt.

Diesmal waren die Angriffe von kapitalistischer Seite ungleich schärfer, als die von sozialistischer Seite. Die mehrheitlichen Abgeordneten warfen der Regierung vor, das Gesetz von 1849 gegen die „Aufstände“, dasjenige von 1881 gegen die Versammlungen unter freiem Himmel und das Koalitions-gesetz von 1884, welches die Ausländer aus den Gewerkschaftsvorständen ausschließt, durch die Streikenden unbedeutend verletzen zu lassen: Die ersteren zwei Gesetze in den Streiks von Montceau und St. Etienne, wie übrigens in allen größeren Streiks unter dieser Ministerium, das letztere im Hafnarbeiter-Streik von Marseille, wo bekanntlich die internationale Gewerkschaft mit einer meist italienischen Mitgliederzahl den Kampf eingeleitet hat und leitet.

In Bezug auf Marseille antwortete Milerand, ohne auf den angeführten Vorwurf einzugehen, er thue alles, um den Streik zu schlichten. Durch den Präsekte hätte er Einigungsversuche gemacht und durch den sozialistischen Bürgermeister Klaffières lasse er die Streikenden zur Ruhe ermahnen. Der Postdienst werde unter allen Umständen besorgt werden, dagegen hätte er den Unternehmern die Hilfe der Soldaten zwecks Ausladung von Erstlingsfrüchten verweigert, übrigens nach dem Beispiel aller früheren Handelsminister. Gegenüber den „patriotischen“ Klagen über den Ruin von Marseille zu Gunsten ausländischer Häfen durch eine internationale Gewerkschaft wies Milerand auf die Thatsache hin, daß diese Gewerkschaft (beiläufig ein Unikum in der Gewerkschaftsbewegung!) die englische Streikunterstützung von 25 000 Franken verweigert hat. Das geschah natürlich zum Zweck, der patriotischen Unternehmung keine neue Nahrung zu liefern. Im

übrigen „hollagie“ Milerand die Häufigkeit der Streiks. Das wird ihm bezug, dem Ministerium nichts helfen: die kapitalistisch-nationalistische Presse bleibt dabei, daß die ganze Politik des Ministeriums und insbesondere die Ministerkaktion eines Sozialisten die Streiks hervorruft. Eine „revolutionäre Ausstrahlung“, so sagt der „Gaulois“, geht von Milerands Person aus und stachelte die Arbeiter zu fortwährenden Streiks an. Dabei sind die Kohlengräber von Montceau, die die letzte Streik-Interpellation veranlaßt haben, durch und durch antiministeriell.

Ueber die Kohlengräber-Streiks, den eigentlichen Gegenstand der Debatte, sprach Waldeck-Roussseau. Er betonte mit neuem Nachdruck, wie schon in der vorjährigen Interpellation über die Winstreiks in St. Etienne, daß es, trotz des unbestreitbar vorliegenden Vorgehens gegen das Gesetz von 1881, sich niemals dazu entschließen würde, wenn es dabei kein anderes Vergehen gäbe, Menschen durch die öffentliche Gewalt auseinander zu sprengen, die einen Gesichtspunkt mißachten mögen, aber sich absolut tadellos verhalten. Noch wichtiger ist die vom Ministerpräsidenten vor der Kammer übernommene Verpflichtung, zwei Reformen im Parlament zur Durchsührung zu bringen, die es bereits der Abordnung der Gewerkschaften versprochen hatte: den Achtstundentag für Bergarbeiter, Ein- und Ausfahrt einbegriffen, und die von der Föderation geforderte Reform der Alterspensionen.

Der eigentliche Zweck der sozialistischen Interpellation ist freilich nicht erreicht worden. Einen Druck auf die Grubengesellschaften auszuüben durch den Rückzug der Truppen und die Androhung mit der Entziehung der Konzession — das hat die Regierung verweigert.

Eine dahingehende Resolution wurde übrigens nur von der antiministeriellen Minderheit der sozialistischen Fraktion eingebracht. Die Fraktionsmehrheit beantragte ihrerseits eine Resolution, worin sie „auf die Regierung rechnet, daß der Arbeiterklasse Provokationen jeder Art erspart bleiben werden, um Konflikte zwischen der öffentlichen Gewalt und den Streikenden zu vermeiden“.

In der Abstimmung über das von der Regierung genehmigte Vertrauensvotum, das (nach den amtlich berichteten Zahlen) mit 296 gegen 221 Stimmen votiert wurde, stimmten 28 Sozialisten für die Regierung, während die übrigen 13 sich der Abstimmung enthielten. Die antiministeriellen Sozialisten konnten also nicht die Erklärungen der Regierung mißbilligen.

Deutsches Reich.

Das Zolltarif-Geschäft.

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich, daß der neue Zolltarif noch immer nicht dem Bundesrat zugegangen sei, und fordert den Reichskanzler dringlichst auf, seinen Versprechen auch wirklich nachzukommen, daß er die Revision des Tarifs möglichst beschleunigen wolle. Das Agrarierblatt fürchtet aber die Gefahr, daß seine Mißtrauensbeschwörungen nicht genügenden Zwang auf die Regierung ausüben könnten, und erneuert darum in ercentlich deutlichen Worten die bisher bereits so erfolgreiche Kanalvorlagen-Erpressung:

Man vergesse auch eines nicht! Die preussische Regierung scheint, wie wir neuerdings erfahren haben, ein großes Gewicht auf die Annahme der wasserwirtschaftlichen Vorlage zu legen. Sie weiß ebenso gut wie wir, daß, wenn heute über die gesamte Vorlage abgestimmt werden sollte, eine Ablehnung mit ziemlich starker Mehrheit erfolgen würde. Ob das Ergebnis sich nach der Erledigung des Zolltarifs anders gestalten werde, können wir natürlich nicht wissen; aber daß es sich vor Erledigung des Tarifs nicht anders gestalten wird, das erscheint uns so sicher, wie nur irgend etwas. Will die preussische Regierung also die Möglichkeit einer Besserung schaffen, so muß sie alles thun, damit die Zolltarifangelegenheit möglichst bald verunglückt gereizt werde. Durch eine verständige Gestaltung des Zolltarifs können die wirtschaftlichen Bedenken, die gegen den Mittelkanal obwalten, vielleicht bei einigen besiegelt oder wenigstens abgeschwächt werden. Das die finanziellen und technischen Bedenken trotzdem bestehen bleiben und bei uns immer bestehen werden, haben wir früher oft genug gesagt. Die wirtschaftlichen Bedenken werden aber außerordentlich verstärkt und vertieft, wenn die Erledigung des Zolltarifs immer und immer wieder verzögert und hinausgeschoben wird. Will also die preussische Regierung die Stimmung für die ihr am Herzen liegende Kanalvorlage einigermaßen bessern, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Beschleunigung und parlamentarische Erledigung des Zolltarifs mit aller Entschiedenheit zu beschleunigen.

Die Agrarier bieten der Regierung nicht nur elendesten Kuhhandel, sondern erklären ihr von vornherein, daß sie in diesem Handel jämmerlich über Ohr gehauen werden solle. Die Regierung aber ist so völlig im agrarischen konservativen Netz verwickelt, daß sie durch selbe Nachgiebigkeit nur die Verechtigung solcher cynischen Zumutungen bestätigen wird.

Als einen „Zwischenfall“ bezeichnet gleich uns der Prinzregent von Bayern den Tausch des Epileptikers, der den Kaiser traf, in einem Telegramm, das dem Kaiser Dank für seine Glückwünsche zur achtzigsten Geburtstagfeier sagt. Einige konservative Organe dagegen können sich noch immer nicht mit der bedauerlichen Thatsache eines Zwischenfalls anstatt eines regelrechten, Umsturzgeschehens befriedigenden Anstalts abzufinden. Die „Kreuz-Zeitung“ giebt zwar zu, daß der Zwischenfall aus der politischen Erörterung auscheiden müsse, wenn der Thäter geistesgestört sei; aber es könne doch der Fall sein, daß er „entgermaßen normal“ ist, und dann ist natürlich die That gescheitigt worden aus „der Temperatur des Autoritätswahns und der Juchlosigkeit, wie sie die Umsturzpartei überall künstlich erzeugt“. Hoffentlich geschieht der „Kreuz-Zeitung“ nicht das Unglück, daß der Epileptiker zufällig eine konservativ-antimilitärisch-absolutistische Profeterversammlung gegen die „Engländer“ des Kaisers besucht hat.

Ueber neue Sicherheitsmaßregeln für den Kaiser wird berichtet: Infolge des Bremer Vorfalls ist der Sicherheitsdienst um den Kaiser erheblich verstärkt worden. Auf seinen Reisen nach außerhalb begleitet ihn der Monarch nur dann Beamte des Berliner Polizeipräsidiums, wenn dies von der für den Besuch in Aussicht genommenen Stadt, beziehungsweise deren Polizeibehörde gewünscht wurde. In anderen Fällen tragen die betreffenden Lokalbehörden die Verantwortung für den Schutz des Kaisers. Wie wir hören, sollen jetzt stets Berliner Beamte den Kaiser begleiten und nach ihren Angaben die Maßnahmen der Lokalbehörden erfolgen. Auch die Wäperrungen werden sowohl hier als außerhalb bei besonderen Anlässen eine Verjüngung erfahren.

Die „Bayer-Zeitung“ meldet über den weiteren Verlauf des Untersuchungsverfahrens, daß sich keine weiteren belangreichen Thatsachen ergeben haben, außer daß sich eine einwandfreie Zeugin freiwillig meldete und erklärte, sie habe ein entsprechendes Eisenstück am Orte der That kurz vor der That am Boden liegen sehen.

Gegen den Brotwucher.

Gegen jede Erhöhung der Getreidepreise soll nach der „Frankf. Zeitung“ die Regierung des Großherzogtums Oldenburg im Bundesrat zu stimmen beabsichtigen. Die Nachricht ist mindestens mit Zweifel aufzunehmen.

Ueber die Stellung der bayerischen Regierung zum Zolltarif wird dem „Hamb. Corr.“ von „gut unterrichteter“ Seite aus Bayern geschrieben:

„Wenn von gewissen hohen Stellen in Berlin auch stark auf die Beschleunigung der Beratung und Stellungnahme der Einzelregierungen gedrängt wird, damit sich der Bundesrat bald mit dem Zolltarif befassen kann, so wird sich die bayerische Regierung doch das Recht nicht nehmen lassen, ohne jede Heberförmigkeit gründlich und sorgsam die Vorlage zu prüfen. Es wird hier allgemein erzählt, daß während der Vorbereitungen im Innern, zu denen allerdings Vertreter Bayern in Berlin eingeladen waren, die Regierung in München wiederholt durch Improbationen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky in der Einholung von Auskünften aus Bayern überrascht worden ist. Als Graf Witlow im Dezember v. J. sich als Reichskanzler dem Prinzregenten vorstellte, ist in den Gesprächen mit unsren Ministern auch diese Thatsache zur Sprache gekommen und Graf Witlow wird daher nicht erstaunt sein, wenn die bayerische Regierung pünktlich gemäß die Angelegenheit jetzt nicht übersente bricht. Zudem ist es kein Geheimnis, daß im Schoße des Ministeriums zwar im allgemeinen die Absicht besteht, einer Erhöhung der Agrarzölle zuzustimmen — wie dies ja auch der Landtag mit großer Mehrheit bekräftigt hat —, daß aber über die Zweckmäßigkeit und die Höhe einzelner Zollsätze doch recht erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Da bisher außer dem Landtage vorwiegend landwirtschaftliche Ständegebungen für die Agrarzölle ergangen sind, zieht die bayerische Regierung in Erwägung, ob es nicht angezeigt sei, auch die Handels- und Gewerbekammern, die bisher abseits gelassen worden sind, zu hören, indem sie ihnen die Zolltarifvorlage zur Begutachtung überweist.“

Ueber weitere Profeterversammlungen wird uns berichtet:

Gegen den Brotwucher sprach Reichstags-Abgeordneter Anrid am 5. März in Spremberg vor 600, am 6. März in Schaffensdorf bei Kottbus vor ca. 150 und am 7. März in Kottbus vor weit über 1000 Personen.

Eine am Sonnabend in Bayreuth abgehaltene Volksversammlung protestierte nach einem Vortrag des Genossen Scheidemann in Nürnberg einstimmig gegen die Brotwucherpläne. Aus Glauchau wird uns geschrieben:

Zu einer georgartigen Profeterversammlung gegen die Lebensmittel-Erhöhung kam es hier am Sonntag, den 11. März. Da unsrer Partei alle größeren Lokale verpachtet sind, so setzten sich viele Genossen mit der Materie des „Klosterums“, einer mächtigen Bretterzelle auf dem Schloßplatze in Verbindung und gelang es, dieselbe zur Vergabe der Räume zu einer Versammlung zu bestimmen. Da der Vertrag schriftlich abgemacht war und unsre Genossen erklärten, denselben eventuell vor Gericht geltend zu machen, so schickten alle Besuche, die Bestehen einzuschalten und uns die Räume wieder abzutreiben. Nur eine Gefahr bestand noch. Die Halle ist sehr luftig und nicht heizbar. Bei irgend neunemwetter hätte war natürlich der Vorwand gegeben, die Volksversammlung zu verbieten. Glücklicherweise hielt sich aber die Temperatur und so strömten am Sonntagvormittag die Glauchauer Arbeiter und Bürger zu Hunderten in das improvisierte Versammlungslokal, um dem Vortrag des Abgeordneten Uer zu lauschen. Bis zum letzten Platz war die Halle gefüllt und später Kommende fanden keinen Einlaß mehr. Es waren 1000—2000 Menschen anwesend. Trügend weder Tisch noch Stuhl in den weiten Räumen vorhanden war, so harrte die Menge doch bis zum Schluß aus und endete die Versammlung, nachdem der Vortrag von stürmischem Beifall aufgenommen worden war, mit der einstimmigen Annahme einer entschiedenen Protestresolution.

In Glauchau und Weerane werden Versammlungen vorbereitet, in denen nächsten Herr Pastor Raumann sprechen wird. Herr Raumann beabsichtigt nämlich, im XVII. sächsischen Wahlkreise bei der nächsten Reichstags-Wahl zu kandidieren. Daß der Gründer der Rationalsozialen den Sozialdemokraten ihren ältesten Wahlkreis abgeben will, zeigt ja von sehr viel Unternehmungslust vorwärts aber zeigt sich unter den Massen noch recht wenig Reizung, den Suntenpator mit ihrer Vertretung im Reichstag zu betrauen.

Das Zacharingsgesetz ist jetzt dem Bundesrat zugegangen. Folgendes sind die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs. Sächstoff im Sinne des Gesetzes sind alle auf künstlichem Wege gewonnenen Stoffe, welche als Nahrungsmittel dienen können und eine höhere Nährkraft als raffinierter Roh- oder Mibenzucker, aber nicht entsprechenden Nährwert besitzen. Sächstoff darf Nahrungs- und Genussmitteln bei der gewerbsmäßigen Herstellung nicht zugesetzt werden. Nahrungs- und Genussmittel, welchen dieser Vorsatz zuwider Sächstoff zugesetzt ist, dürfen weder selbgehalten noch verkauft werden. Die gewerbsmäßige Herstellung von sächstoffhaltigen Nahrungs- und Genussmitteln ist nur gestattet in Anlagen, Kur-, Pflege- und ähnlichen Anstalten. Nach näherer Bestimmung des Bundesrats ist ferner die Verwendung von Sächstoff gestattet bei der gewerbsmäßigen Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, für welche die Zusetzung von Sächstoff aus einem die Verwendung von Zucker ausschließenden Grunde erforderlich ist. Der zum Verbrauch im Inlande bestimmte Sächstoff unterliegt einer in die Reichsliste stehenden Verbrauchsabgabe (Sächstoffsteuer), welche achtzig Mark für ein Kilogramm reinen Sächstoff beträgt. Verkauf Sicherung der Abgabe und die Sächstofffabriken der Steueraufsicht unterworfen. Das Gesetz soll am 1. April 1902 in Kraft treten.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Aus Bochum wird unterm 11. März berichtet: Unter einer Beteiligung von mehr als 10 000 Personen fand gestern nachmittags auf den Friedhöfen zu Schalle und Bismarck die Beisetzung von 17 Opfern der Katastrophe auf der Heche „Consolidation“ statt. An den beiden Waisengräbern spielten sich ergreifende Scenen ab. — Die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen hat sich auf 19 erhöht. Zwei Verstorbene liegen im Krankenhaus hoffnungslos darnieder, so daß die Zahl der Opfer sich auf 21 belaufen dürfte.

Für den Brotwucher agitiert, wie uns aus München geschrieben wird, jetzt auch das Organ der christlichen Gewerkschaften in Bayern. Nach einer ausgiebigen Beschimpfung der „sozialdemokratischen Judenauztümpel“ erklärt der Artikel-schreiber, man sei ja nicht gerade erbaut über die Erhöhung der Getreidepreise. Doch die Sache sei gar nicht so schlimm; denn bei einem 6 Markzoll betrage die Mehrausgabe für eine Familie pro Jahr nur 22 25 M. Das Blatt, das in seiner vorgehenden Nummer mit Emphase betonte, es könne alles, nur nicht die Wahrheit verschweigen, scheint das letztere inzwischen auch gelernt zu haben. Denn es unterschlägt seinen Lesern völlig, daß die bayerischen Agrarier unter der glorieichen Centrumsführung nicht nur eine Erhöhung des Roggen- und Weizen-, sondern auch des Gerstezolls anstreben, wodurch laut Erklärung der Brauereibesitzer auch eine Erhöhung der Bierpreise eintreten wird.

Der Anlaß zur Schadenfreude hat, dem wird der unschbar folgende Kassenjammer in den Reihen der Partei für Wahrheit, Recht und gesetzliche Freiheit einige vergnügte Stunden bereiten.

In Gmshaus der Verbindung des Dortmund-Gmshaus mit dem Rhein fand am Sonntag in Eicken eine große Kundgebung statt. An derselben nahmen etwa 2000 Personen teil, darunter die Reichstags-Abgeordneten Dr. Schulz-Wachum, Franken und Stöbel. Eine Eingabe der Lippe-Interessenten an die Regierung, welche an Stelle der Emshthal-Linie die Kanalisierung der Lippe sehen will, fand scharfe Kritik. Generaldirektor Richter, der von seinem industriellen Standpunkt aus ein warmer Freund des Lippe-Projektes sein möchte, erklärte, er habe sich vom Verein für die Lippe-Kanalisation zurückgezogen, weil dieser Verein Richtumpolitik treibe. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Emshthal-Linie als hervorragend wichtig für die Provinz Westfalen und als völlig unentbehrliches Glied des beabsichtigten Wasserstraßen-Netzes bezeichnet.

Großherzog und Socialdemokratie. Aus Hessen wird uns geschrieben: Am 7. d. M. hatte, wie bereits kurz mitgeteilt, der Präsident der Zweiten Kammer der Hessischen Landstände einen parlamentarischen Abend arrangiert und waren der dazu ergangenen Einladung fast alle Abgeordneten gefolgt; auch Vertreter unserer Partei waren erschienen. Seit den etwa 18 Jahren, seitdem unsere Partei Abgeordnete in den Landtag entsendet, hatten sich dieselben nie an derartigen Arrangements beteiligt. Es geschah aber auch innerhalb dieser Zeit nie, daß der Kammerpräsident etwas Derartiges veranstaltete, sondern stets waren Minister die Festgeber und darum hielten sich unsere Genossen davon fern. Nun aber, da der erste Vorsitzende der Kammer der Einladende war, dem auch der politische Gegner die Anerkennung nicht versagen kann, daß er die Geschäfte des Hauses in unparteilicher Weise führt, erachteten es unsere Genossen für wenig angebracht, diesem parlamentarischen Abend fern zu bleiben. Nun aber erregte sich dabei etwas, das wahrscheinlich in anderen deutschen Vaterländern, besonders in der bürgerlichen Presse, mannigfache Auslegung erfahren dürfte. Der Großherzog erschien mit mehreren höheren Hofchargen ebenfalls auf diesem parlamentarischen Abend und suchte nach einiger Zeit in Begleitung des Gastgebers unsere Parteigenossen Ulrich an dem Tische auf, an dem sich derselbe bei anderen Abgeordneten niedergelassen hatte. Der Fürst, welcher in Civil erschienen war, setzte sich dann neben Ulrich und unterhielt sich nahezu 1/4 Stunden angelegentlich mit demselben. Alle bedeutsamen Tagesfragen wurden da besprochen und unser Genosse Ulrich näher lehrte, wie das dieselbe auch diesem Nachmittag gegenüber nicht etwa zurückhaltend mit seinen Ansichten war. Der Großherzog soll hauptsächlich einzelnen politischen und sozialen Fragen gegenüber recht tiefes Verständnis gezeigt haben, jedenfalls wieb der Großherzog gefunden haben, daß das, was ihm Ulrich mitteilte, wesentlich abkam von dem, was er bisher zu hören Gelegenheit hatte. Die höheren Hofbeamten waren aufsehnend nicht wenig überrascht davon, daß sich ein solches Ereignis vor ihren Augen abspielte. Die Unterhaltung nahm ihr Ende und ohne Schaden an seiner Person genommen zu haben, suchte der hessische Landesherzog seine frühere Tischgesellschaft wieder auf. — Wie gesagt, draußen im Reiche, wie besonders in Preußen, Sachsen, Weimar und anderen Ländern und Ländern wird man diese Scene nicht recht verstehen können; in Hessen jedoch, wo man es auch in Regierungskreisen längst aufgegeben hat, unsere Parteigenossen als minderwertige Menschen zu betrachten, ist man nicht besonders davon überrascht. Im Landtag, wie in sehr vielen Gemeindevertretungen, besonders in Offenbach, wo unsere Partei die Majorität im Stadtverordneten-Kollegium besitzt, überall haben unsere Vertreter eifrige Mitarbeit entfaltet, was anerkannt wurde, auch ist der Volkscharakter des Hessenslands in allgemeinen verständlicher, welchem Einfluß sich auch die regierenden Kreise nicht ganz verschließen können. Unsere Parteigenossen, welche diesen Abend besuchten, sind zurückgekehrt zu ihrer Tätigkeit, ohne Schaden an ihrer Stellung erlitten zu haben. Dem offiziellen Besuch und Festessen bei Großherzog, anlässlich der jeweiligen Eröffnung des Landtags werden unsere Genossen natürlich auch in der Folge fern bleiben und sie wären auch dem Besuche dieses parlamentarischen Abends ferngeblieben, wenn dabei monarchische Guldbüchlein, wie Hochs oder Kurzs zu erwarten gewesen wären. Dieses war aber in voraus ausgeschlossen, weshalb irgend welche Bedenken zur Ablehnung der Einladung des Kammerpräsidenten nicht gut geltend zu machen waren. Ulrich wird auch nach der Unterredung mit dem hessischen Landesfürsten das bleiben, was er war.

Weimar, 11. März. Der Chef des Kultusdepartements v. Pawel hat seine Entlassung eingereicht, die der Großherzog genehmigte. v. Pawel hat an der Anebelung jeglicher politischen und geistigen Freiheit in Sachsen-Weimar eifrig mitgewirkt.

Dr. Sigl, der bekannte Herausgeber des „Bayr. Vaterland“ wurde wegen psychischer Depression in eine Kalt-Wasserheilanstalt gebracht. Sein Blatt zeichnete sich stets durch einen unerschütterlichen Preussenhass und partikularen Geist aus. Im Reichstag, dem er während der vorigen Legislaturperiode angehörte, hat er sich nicht besonders hervorgetan, dagegen ist er in seinem eigenen Vaterland nicht ohne Einfluß, namentlich auf bäuerliche Kreise gewesen. Das offizielle Centrum ist von Dr. Sigl immer bekämpft worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zu Ehren der Märzgefallenen fand am Sonntag in Wien eine große Demonstration auf dem Central-Friedhofe statt. An derselben waren über 20 000 Personen beteiligt. Daszinski und Dr. Adler hielten feurige Ansprachen.

Spanien.

Zollunruhen. In Madrid brachen am Sonntag wegen des Octrois Unruhen aus. Die Menge bewarf Beamte mit Steinen und setzte zehn Zollhäuser in Brand. Vier Beamte wurden verwundet, darunter einer schwer. Der Präsekt stellte die Ordnung wieder her. Die Gehilfen der Spezieshändler verurteilten Protestkundgebungen gegen die Öffnung der Läden am Sonntag und bewarfen die offenen Läden mit Steinen. Die Polizei zerstreute die Unruhstifter. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Portugal.

Gegen die Jesuiten haben die Militärschüler der polytechnischen Schule in Lissabon am Sonntag lärmende Kundgebungen vollführt. Polizeibeamte drangen in die Schule ein und verwundeten einige Schüler mit Schlägeln. Die Schüler richteten an die Deputiertenkammer eine Schrift, in welcher sie gegen die Uebergriffe der Polizei protestieren. In Lissabon herrscht großer Unwille über die Vorkommnisse. Die Studenten sympathisieren mit den Militärschülern. Die portugiesische Censur hatte die Depesche, welche diese Angelegenheit behandelte, angehalten.

Mien.

Japan. Nachdem der Landtag bis zum 8. März verlängert worden war, um die Zustimmung des Herrenhauses zu dem vom Abgeordnetenhaus angenommenen Steuergeetze, das sich auf die Deckung der in China verbrauchten Gelder bezieht, herbeizuführen, hat der Mikado den Landtag nochmals um fünf Tage verlängert. Wenn es dem Kabinett nicht gelänge, den Widerstand des Herrenhauses zu brechen, so bliebe nur die Wahl zwischen der Entlassung des Ministeriums und der zeitweiligen Aussetzung der Verfassung, da eine dritte Verlängerung des Landtags nach der Verfassung nicht zulässig ist.

Afrika.

Aus Aden wird der „Agenzia Stefani“ den 10. d. M. gemeldet: Nachrichten aus Berbera teilen mit, die Abessinier hätten vor 10 Tagen den Scheich Abdullahi in Garadighet vollständig geschlagen. Die Somali hätten viele Lote gehabt, doch seien auch die Verluste der Abessinier beträchtlich gewesen; die Abessinier hätten eine große Anzahl Gefangener gemacht. Abdullahi soll in der Richtung auf Wohobole geflohen sein, verfolgt von den Abessinern.

Die Boeren.

In England glaubt man, daß die Uebergabe Voithas an Ritchener noch diese Woche erfolgen werde. Voitha sei einer sofortigen Unterwerfung geneigt, müsse jedoch die übrigen Kommandanten noch zu seiner Ansicht bewegen. Diese wollen angeblich von einer Uebergabe nur in dem Falle wissen, daß die englische Regierung gewisse Bedingungen annehme. Voithas Vorschläge seien der englischen Regierung unterbreitet worden. In der vergangenen Woche soll ein lebhafter Depeschwechsel zwischen der englischen Regierung und Ritchener stattgefunden haben. Weiter berichtet „Daily Express“

über verschiedene längere Unterredungen zwischen Präsident Krüger und Dr. Leids über die Möglichkeit einer Unterwerfung der Boeren. Ein Mitglied aus der Umgebung Krügers soll versichert haben, die Uebergabe dürfe bereits morgen erfolgen.

Dieser Nachrichten gegenüber steht die Thatsache, daß Voitha gar nicht das Recht hat, allein für die Republikaner Friedensbedingungen festsetzen zu können. Krüger Voitha bemächtigt sich der Bruder De Weis, eine Verständigung herbeizuführen.

Nach einer Depesche aus Kapstadt hat Piet De Wet neuerdings versucht, eine Zusammenkunft mit seinem Bruder zu erlangen. Dieser weigerte sich und bezeichnete seinen Bruder als einen Verräter, der sich von englischem Golde habe bestechen lassen. Christian De Wet erklärt, er wolle den Kampf bis aufs äußerste fortsetzen. Nach den letzten Verichten aus Bloemfontein marschirt De Wet fortgesetzt nordwärts, um die Eisenbahn in östlicher Richtung zu überfallen; wahrscheinlich ist er jetzt irgendwo westlich von Kroonstad. Viele früheren Feinde Englands in Bloemfontein, Brandfont und Kroonstad haben sich jetzt den Engländern angeschlossen.

Parlamentarisches.

Sentoren des Reichstags. Der Tod des Freiherrn v. Stumm, so schreibt die „Frei. Zig.“, hat wiederum eines der wenigen Mitglieder des Reichstags hinweggerafft, die schon dem ersten konstituierenden Norddeutschen Reichstag im Frühjahr 1867 angehört haben. Am 24. Februar 1892, 25 Jahre nach der Eröffnungsjahrestagung jenes Reichstags, konstatierte der Präsident, daß von den damaligen Mitgliedern des Reichstags, welche bei der Eröffnungsjahrestagung zugegen waren, nur noch v. Wennigen, Graf Pompeck, Freiherr v. Stumm, Freiherr v. Unruh-Vomst und Richter dem Reichstag angehört. Außerdem gehörten noch dem ersten konstituierenden Reichstag an, waren aber durch Stichwahl verhiert, schon an der ersten Eröffnungsjahrestagung teilzunehmen, Wedel, v. Forderbeck und Peter Reichensperger. Seitdem sind v. Forderbeck, Peter Reichensperger, v. Unruh-Vomst und Frhr. v. Stumm verstorben, v. Wennigen gehört dem Reichstag nicht mehr an, und somit sind gegenwärtig im Reichstag von den Mitgliedern aus der konstituierenden Reichstags-Session von 1867 nur noch vorhanden: Wedel, Graf Pompeck, Richter.

Partei-Nachrichten.

Der socialdemokratische Verein für den 2. hamburgischen Wahlkreis hatte am Schlusse des vergangenen Jahres 2224 Mitglieder. Der Verein hatte einschließlich einer Rückzahlung vom „Hamburger Echo“ im Betrage von 4500 M. eine Jahreseinnahme von 20 919 M. Unter den Ausgaben finden sich 8500 M. an die Parteikasse in Berlin, 2065 M. für Landagitation, 500 M. an die Agitationskommission in Neumünster etc. Seit Bestehen des Vereins wurden an die Mitglieder 33 Broschüren in 92 293 Exemplaren mit einem Kostenaufwand von rund 15 000 M. verteilt.

Von der Parteipresse. Die „Schwäb. Tagwacht“ erhöht vom 1. April an ihren Preis von 65 Pf. auf 70 Pf. per Monat. Das Bestellgeld von 15 Pf. per Monat bleibt daneben bestehen. Die Erhöhung wird mit der Steigerung der Papierpreise begründet.

Gemeindevahlen. In der Landgemeinde Sande (Schleswig-Holstein) wurde in der 3. Klasse ein Parteigenosse in den Gemeinderat gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

In 20 W. Weidstraß wurde der verantwortliche Redacteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Genosse Riem in Dresden, verurteilt, weil er einen Buchdruckerbesitzer beleidigt haben soll durch Kritik an dessen Verhalten gegenüber einer bei ihm beschäftigt gewesenen Arbeiterin. In dem Urteil hieß es, daß die Handlungsweise des Klägers zwar verwerflich gewesen sei, doch sei nicht erwiesen, daß er die als Zeugin vernommene Arbeiterin verungewolligt habe. Das Urteil wurde von der Verurteilungskammer gefällt; vom Schöffengericht war Riem freigesprochen worden.

Polizeilich beschlagnahmt wurde am Sonnabend die letzte Nummer der „Volks-Tribüne“ in Königsberg. Das polizeiliche Mißfallen hat eine Notiz erregt, in der unser Parteiblatt mitteilt, daß das Königsberger Polizeipräsidium erklärt hat, es könne dem Ersuchen, zu den gleichen Bedingungen wie an anderen Blättern, auch an die „Volks-Tribüne“ die sogenannten Polizeiberichte abzugeben, nicht entsprechen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der in mechanischen Schuhwarenfabriken beschäftigten Arbeiter. Trotzdem die Arbeiter im Laufe der Bewegung nicht die geringste Handhabe geboten haben, der den Fabrikanten irgend einen Anlaß geben könnte, eine Nachfrage zu konstruieren, scheint man es dennoch darauf abgesehen zu haben. Am Montag wurde in den Fabriken der Verbandsfabrikanten folgender Ulaß angehängt: Sollten die Arbeiter durch ihre Streikposten die arbeitswilligen Arbeiter auch ferner zu arbeiten verhindern, wird der Verband „Schließung aller Fabriken“ vornehmen und nur diejenigen Arbeiter von neuem beschäftigen, welche sich verpflichten, die Entlassenen in keiner Hinsicht zu unterstützen. Verband der Berliner Schuhfabrikanten.

Die Steinbildhauer besprachen in einer am Sonntag abgehaltenen öffentlichen Versammlung folgende Angelegenheit: Zwischen der Innung der Steinmetzmeister und den Bildhauern besteht ein Vertrag, wonach vom 15. November bis 1. März täglich 7 Stunden und vom 1. März bis 15. November 7 1/2 Stunden gearbeitet wird. Man beklagt sich nun darüber, daß die Firma Schilling schon eine Woche vor dem 1. März die 7 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt habe, und daß in diesem Geschäft, ebenso wie bei der Firma Wimmel einem Teil der daselbst beschäftigten Bildhauer die halbe Stunde Mehrarbeit nicht bezahlt worden sei, obgleich ihnen beim Eintritt der siebenstündigen Arbeitszeit ein entsprechender Abzug gemacht wurde. In der Versammlung wurde festgestellt, daß in verschiedenen Fällen die halbe Stunde noch nachträglich bezahlt worden ist und daß nur noch einzelne Kollegen Anspruch auf Bezahlung haben. — Die Versammlung drückte durch Annahme einer Resolution die Erwartung aus, daß auch diesen Kollegen die halbe Stunde bezahlt werde, und daß erst, wenn das geschehen, von einem Vertragsbruch der genannten Firmen keine Rede mehr sein kann.

Der Streik in der Treibriemenfabrik von A. Schwarz u. Co. in Berlin ist leider zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Es ist dem Inhaber der Firma gelungen, eine Anzahl arbeitswilliger heranzuziehen, so daß er seinen Betrieb wenigstens einigermaßen aufrecht erhalten konnte. Wie überall hat auch hier die Polizei das Streikpostenwesen fast vollständig illusorisch gemacht, indem sie jeden fortwies und in vielen Fällen die Streikenden sofort sistierte. Sogar in das Streiklokal ist sie unter Assistenz des Prokuristen der Firma eingedrungen, um die Wünsche des Herrn zu befriedigen.

Die Streikenden hatten bis zum letzten Augenblick fest zusammengehalten, als sie aber einsehen, daß durch noch längeres Ausdauern nur die Verbandskasse unnötig geschwächt wurde, beschloßen sie, den Streik aufzuheben und sich anderweitig Arbeit zu suchen. Herr Geisla braucht auf seinen Sieg aber nicht stolz sein, der Schaden, den er in seinem Geschäft erleidet durch die Arbeit, die jetzt bei ihm geliefert wird, entschädigt die Kollegen vollauf für die Entbehrungen, die sie sich freiwillig auferlegt haben und er kann ruhig sagen: Noch ein Sieg und ich bin verloren.

Der Verband der Sattler und Tapezierer.

Achtung, Modelistiker! In unserer Branche beabsichtigen wir eine Zählung der Berufskollegen vorzunehmen, die sich über ganz Berlin und die Umgegend erstrecken soll. Wir bitten deshalb unsre

Kollegen, uns umgehend aus den Betrieben die Zahl der Modelistiker, Fabrikistiker und Modelldrechsler mit Angabe, wieviel Organisierte zu übermitteln.

Im Interesse unserer Branche und des Deutschen Holzarbeiter-Verbands werden alle Kollegen, speciell in Werkstätten, wo keine Vertrauensmänner vorhanden sind, gebeten, dies zu beherzigen.

Der Obmann

der Model- und Fabrikistiker, sowie Modelldrechsler, Otto Wille, Berlin, Bergstr. 70, III.

Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Berliner Schlächtergewerbe haben die verschiedenen hier bestehenden Gesellen-Organisationen in die Wege geleitet. Zu diesem Zwecke haben sich die Vorstände der Gesellen-Verbände mit einer diesbezüglichen Eingabe an die Verwaltung des paritätischen Arbeitsnachweises gewandt, welche die Verhandlungen mit Meistern und Gesellen anbahnen soll. Die Meister bringen diesem Ansuchen allerdings noch nicht besonders viel Sympathie entgegen, die Gesellen haben sich jedoch, trotz der, sich vielfach widerstrebenden Ansichten in Bezug auf die Gesellen-Organisation, in dieser Angelegenheit zu einem einigen Vorgehen entschlossen, damit der Stellenhunger endlich aus der Welt geschaffen wird. Hoffentlich gelingt es auch dem vereinten Bemühen der Gesellen und ihrer Freunde, diesem Streben zum Siege zu verhelfen.

Deutsches Reich.

Ein Bergarbeiter-Streik in Brödig bei Zeig. Vergangene Woche brach auf der Grube „Gottlob“ in Brödig ein Streik aus. Die Veranlassung hierzu gab das Verhalten der Verwaltung. Trotz dem die Kohlenpreise im vergangenen Jahre in die Höhe getrieben wurden und die Bergwerkbesitzer Rieseneinnahmen hatten, wurden den Arbeitern die ohnehin hohen Löhne noch gekürzt. Den Bergarbeitern auf Grube „Gottlob“, die zur Zeiger Paraffin- und Solar-Gesellschaft gehört, ist seit 6-7 Monaten jeden Monat 1 Pf. pro Bogen abgezogen worden, so daß der Abzug 6-7 Pf. betrug. Schließlich traten die Arbeiter zusammen und stellten nun die Forderung, ihnen pro Bogen wieder 2 Pf. zuzulegen. Das wurde rundweg abgelehnt. Darauf fuhr am Donnerstagabend die Nachtschicht, circa 140 Mann, nicht an, und ebenso trat am Freitag früh die Tageschicht in gleicher Stärke in den Ausstand. Von der ganzen, ziemlich 300 Mann starken unterirdischen Belegschaft arbeitete nur ein Mann weiter, der nimmermehr auch aufhören mußte. Das hatte natürlich die Verwaltung nicht erwartet, daß sie durch die fortgesetzten Abzüge die Arbeiter zur Einigung veranlassen, und am Freitagabend kam der Berginspektor Bienenroth und wollte einige Konzessionen machen. Die Arbeiter blieben aber fest; darauf hat nun am Sonnabend ein Vertrag aus Halle mit den Ausständigen resp. mit ihrem Komitee verhandelt und das Ergebnis war, daß er die Bewilligung der Forderung in Aussicht stellte. Am Montag früh sollten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden und es wird sich nun zeigen, ob die Verwaltung den so sehr berechtigten Forderungen der Arbeiter, die nur zum Teil zurückverlangt, was ihnen seit langer Zeit abgezogen wurde, entgegenkommt.

Die Former, Siedereiarbeiter und Modelldrechsler der Firma Geiger in Düsseldorf-Deudorf haben wegen Lohnreduktionen bis zu 80 Proz. sowie der großen Dürre in der Lohnfestsetzung wegen die Arbeit eingestellt. Der Zugug ist fernzuhalten.

Zum Ausstand der Glasarbeiter in Rhenburg. Nachdem ihre Kündigung abgelaufen, sind nimmermehr auch die Glasarbeiter der „Wilhelmshütte“ in den Streik eingetreten. Da auch sämtliche Schürer die Arbeit niedergelegt haben, so können auch die Verträge so gut wie nicht mehr. Man will es nun angeblich versuchen, mit Hilfe der Behörde wenigstens eine Wärme im Betriebe zu erhalten. Es wird sich ja zeigen, was dabei herauskommt. — Die Zahl der Ausständigen beläuft sich auf 690, die der unterstehenden Familienangehörigen auf rund 150. Mit den Unterhaltungen für Schauenstein sind wöchentlich rund 10 000 M. erforderlich.

Ausland.

Speisen für das Anwerben Arbeitswilliger. Bekanntlich befinden sich die Steinseher in Halle noch immer mit den Unternehmern in Differenzen. In einer Nachbargemeinde von Halle, in Lettin, beklagte sich vor kurzem ein Steinsehermeister, daß er bei dem ausbedungenen Preis nicht bestehen könne. Er müsse sich Gesellen aus Schlesien holen und entstünden ihm daraus Reisekosten und sonstige Speisen. Die Gemeindevorstellung hatte ein Einsehen mit dem Manne und bewilligte ihm eine Erhöhung des ausbedungenen Preises von 5 Pf. pro Quadratmeter, insgesamt 520 M. mehr. Wäre diese Summe für die Arbeiter am Ort verwendet worden, so hätte man alle Differenzen beseitigt. Dagegen wird durch diese Unterstützung zum Schaden der Arbeiter am Ort die Anwerbung von Streikbrechern betrieben, die nur den Unternehmern Nutzen bringen kann, wobei es fraglich erscheint, ob es ihm überhaupt gelingt, seinen Zweck zu erreichen.

Ein Skandal in der Schweiz. Wir erwähnten an dieser Stelle unter der Spitzmarke: „Ein Schweizerischer Stumm“ den in Azwil (Kanton St. Gallen) seit 2 Monaten dauernden Kampf von ca. 120 Metallarbeitern mit der dortigen Maschinenfabrik Venninger u. Comp. Vorige Woche sind nun plötzlich erst der Präsident und sodann die sämtlichen übrigen Mitglieder des Streikkomitees verhaftet und bis heute nicht wieder freigelassen worden, ohne daß in Azwil der mindeste Vorfall passiert wäre. Es scheint, daß die dortigen Behörden mit den prozigen Auswendern unter einer Decke stehen und thun, was diese wünschen. Nach der „Arbeiterstimme“ soll nimmermehr der Azwiler Bürgermeister zu einem Komiteemitglied gesagt haben, wenn die Streikleiter zu Venninger gingen, um zu erklären, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde, so würden sie von demselben einige Reisen erhalten, mit denen von dem Bezirksamtmanne die Sache sofort erledigt werden könnte. In Azwil hat gegen den infamen Gewalttäter bereits eine große Protestversammlung stattgefunden, ebenso haben unsere Genossen in Zürich einen Protest erlassen, in dem sie namentlich auch mit Recht auf die erbärmliche Feigheit der bürgerlichen Presse hinweisen, die kein Wort der Mißbilligung dieser Schandthat bis jetzt geäußert hat. Die bürgerliche Presse ist eben die kapitalistische Presse und in der Zeit der Not lernen sie die Arbeiter nun kennen.

Der Hafenarbeiter-Ausstand in Marseille. Am Sonntag früh versuchten 80 Ausständige die Lösung der Ladung des aus Sevilla eingetroffenen spanischen Dampfers „Sargunto“ zu verhindern, die von der Besatzung vorgenommen wurde. Die Polizei verhinderte die Eingriffe der Ausständigen. Die Seeleute, welche seither mit den Ausständigen gemeinsame Sache gemacht hatten, beschloßen, vom Streik zurückzutreten, um die Lebensinteressen Marseilles nicht länger zu Gunsten fremder Häfen zu gefährden. — Die Kommission der Qualarbeiter hat beschloßen, ihre Forderungen auf die Erlangung des Achtstundentags zu beschränken.

Konflikte mit ausländigen Arbeitern. Nach Meldungen aus Barcelona kam es in Manlleu zwischen ausländigen Arbeitern und Arbeitgebern zu einem Zusammenstoß. Die Arbeiter griffen das Klubhaus der Fabrikanten an und gaben Schläge ab, durch welche zahlreiche Personen, darunter der Alcalde und sein Sohn verwundet und zwei Personen getödtet sein sollen. Die Ausständigen hätten zwei Fabrikgebäude in Brand gesetzt. Die telegraphischen Verbindungen mit Manlleu sind unterbrochen. — Eine amtliche Depesche bezeichnet bereits die Nachrichten als übertrieben.

Sociales.

Die Sterblichkeit der Gesamtbekräftigung des preussischen Staats 1899. Preußen hat im Jahre 1899 877 561 männliche und 848 020 weibliche, zusammen 720 581 Personen durch den Tod verloren. Außerdem wurden den Standesbeamten 22 803 Totgeborene männlichen und 17 668 weiblichen Geschlechts gemeldet.

Ohne Berücksichtigung der Totgeborenen beträgt die Sterbeziffer auf 1000 am 1. Januar 1899 Lebende berechnet, für die Bevölkerung überhaupt 21,8, für den männlichen Teil derselben 23,3, für den weiblichen 20,4.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem für die früheren Jahre bis 1876 rückwärts, von wo ab infolge der Standesamts-Einrichtung eine einheitliche Verichterstattung und Verarbeitung der Nachrichten über die Gestorbenen durchgeführt wurde, so erscheint die Sterbeziffer für 1899 immer noch günstig, obgleich sie etwas höher ist als diejenige der letzten 4 bis 5 Jahre; denn zwischen 1875 und 1899 kamen für die männliche Bevölkerung Schwankungen von 21,5 bis 23,1, für die weibliche von 19,0 bis 24,6 und für die gesamte Bevölkerung von 20,4 bis 23,3 auf 1000 Einwohner vor.

Zählung der Arbeitslosen in Chemnitz. Die in Chemnitz bestehenden Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme der Holzarbeiter und Schneider haben für das vierte Quartal 1900 eine Zählung ihrer Arbeitslosen vorgenommen. Keine Arbeitslosen hatten die Organisationen der Bäcker, Wöttcher, Eisenbahner, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Tabakarbeiter und Dachdecker. Die übrigen Organisationen mit zusammen 4358 Mitgliedern hatten am Schlusse des Quartals 817 Arbeitslose mit 8185 Tagen Arbeitslosigkeit. Arbeitslosen-Unterstützung erhielten 142 Arbeiter im ganzen 8516,45 M.

Bauarbeiter-Schutz. Auf Grund des neuen sächsischen Baugesetzes erließ die Amtshauptmannschaft Glauchau eine Verordnung, in der es heißt:

„In den größeren Gemeinden ist zu diesem Behufe (Ueberwachung der Bauten) ein Bauauschuss aus der Mitte des Gemeinderats zu bilden, welchem, soweit das nötig erscheint, im Baufache praktisch erfahrene Männer, auch Bauarbeiter, aus der Mitte der Gemeindeglieder beigeordnet sind und für den eine schriftliche Dienstweisung aufzustellen ist. Die Ortsbehörde oder der Bauauschuss hat die vorkommenden Bauten innerhalb bestimmter Zeitabschnitte und mindestens alle 14 Tage einmal zu besichtigen und das Augenmerk auch mit darauf zu richten, daß die zum Schutz der Bauarbeiter bestehenden Bestimmungen und die auf den Bauten angeschlagenen Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufsvereinigungen gehörig befolgt werden.“

Das ist gewiß nicht der Arbeitercontroleur, wie ihn die Arbeiter sich wünschen, aber es ist immerhin schon ein Schritt in dieser Richtung.

Gerihts-Beitung.

Das Urteil im Prozeß gegen die Gräfin Schlieben lautete, wie wir in einem großen Teil der Sonntagsnummer noch mitteilen konnten, auf Freisprechung. Die Weisungsaufnahme hatte am Sonnabend bis zum späten Abend gedauert. Um 10 Uhr mußte die Verhandlung unterbrochen werden, da sich ein aufregender Zwischenfall ereignete. Die Angestellte wurde ohnmächtig und mußte aus dem Saale getragen werden. Ein Arzt war schnell zur Stelle und brachte die Gräfin Schlieben wieder zum Bewußtsein, doch wurde die Sitzung erst nach längerer Pause weiter geführt. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung ergriff um Mitternacht der Staatsanwalt zu längerem Plaidoyer das Wort, das er mit der Aufforderung an die Geschwornen schloß, die Angestellte der Brandstiftung schuldig zu sprechen. Hierauf folgten die Plaidoyers der beiden Verteidiger. Erst in der dritten Morgensunde zog sich die Geschwornen zur Beratung zurück.

Die Unterschlagung einer Summe von 40 000 Mark, die der Kauslist Billy Lange im Anfang des Jahres 1899 verübte, beschäftigt noch immer die Gerichte. Sie bildete den Mittelpunkt einer Anklage wegen Diebstahls gegen den Kauslist Josef Kulaszewski und wegen Fälschung gegen den Blätterhändler Herrn. Rood in Leipzig. In dieser Form kam die Affäre gestern nochmals vor der III. Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache. Der Kauslist Lange sollte, wie noch erinnerlich sein wird, im Februar 1899 für die Jubiläum der Verlagsbuchhandlung Winters 40 000 Mark in Tausendmark-Scheinen bei der Deutschen Bank hinterlegen, er unterschlug aber die Summe und wurde kurz nach der That verhaftet. Er verteidigte beharrlich jede Auskunft darüber, wo er das Geld gelassen, erst nach einiger Zeit erhielt die Behörde durch einen Jenseitsbesuch des jungen Verbrechens-Kennntnis davon, daß Lange den größten Teil des Geldes — 35 000 M. — in drei Seltenerwasserflaschen verpackt an genau bezeichneten Stellen des Grunewalds vergraben habe. In zwei Stellen wurden denn auch in der That zwei Flaschen mit zusammen 22 000 M. gefunden, an der dritten Stelle war die dort vergraben gewesene Flasche mit zusammen 13 000 M. verschwunden. Billy Lange ist seiner Zeit zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden; seine Hoffnung, nach Verbüßung seiner Strafe sich das schöne Geld aus dem Grunewald holen und dann einen guten Tag leben zu können, ist arg getrübt worden. Kulaszewski ist schon einmal wegen dieser Unterschlagungsaffäre wegen Fälschung angeklagt gewesen. Lange hatte von der Hauptsumme 5000 M. abgezweigt und davon eine Summe von 1500 M. dem Kulaszewski heimlich in die Stomode gelegt. Kulaszewski wurde damals freigesprochen, weil festgestellt werden konnte, daß es sich bei dieser 1500 Mark nicht mehr um das unterschlagene Geld in natura, sondern um bereits eingewechseltes, mithin anderes Geld handelte. Als Billy Lange erfuhr, daß er um die Früchte seiner That vollständig geprellt worden, machte er mehrere Ansuchen zu Mitgefängnissen, die darauf schließen ließe, daß Kulaszewski ihn zu seinem Verbrechen angestiftet habe. Es fanden nach dieser Richtung hin Erhebungen statt, jedoch reichten die Verdachtsmomente zur Erhebung einer Anklage wegen Anstiftung nicht aus. Dagegen glaubt die Anklagebehörde aus verschiedenen Anzeichen sowie aus Briefen, die Billy Lange aus dem Gefängnis geschrieben, genügende Beweise dafür in Händen zu haben, daß Kulaszewski das Verschick einer Flasche listigweise durch Lange erfahren, sich die Flasche mit den 13 000 M. ausgegraben und das Geld gestohlen habe. So wurde denn aus neue die Anklage gegen K. erhoben und dieser befindet sich seit dem November vorigen Jahres in Untersuchungshaft. Da aus Briefen des Lange an Rood hervorging, daß er diesem auch 8000 Mark zur Aufbewahrung übergeben, so ist gegen Rood Anklage wegen Fälschung erhoben worden. Für Kulaszewski besonders belastend ist der Umstand, daß er in letzter Zeit ausschließlich in Spielertreiben verkehrte und größere Geldmittel verausgabte hat, obgleich er einen geordneten Erwerb nicht hatte. Er behauptete, daß er die Gelder von seiner fogenannten Braut erhalten habe, und die Folge dieser Erklärung war, daß der Staatsanwalt ihn auch wegen Kuppelei unter Anklage stellte. — Zum gestrigen Termin war der Angeklagte Rood nicht erschienen und es stand zur Debatte, ob gegen Kulaszewski allein verhandelt werden sollte. Staatsanwalt Krebs befürwortete die Trennung, da beide Sachen ganz unabhängig von einander erledigt werden können. Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu verlagern und den Aufenthalt des Angeklagten Rood zu ermitteln.

Gegen den früheren Rechtsanwalt Eduard Liffer wurde gestern vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I eine Anklage wegen Unterschlagung, Betrugs und unbefugter Führung des Titels Rechtsanwalt verhandelt. Der Angeklagte ist durch Beschluß des Ehrengerichtshofs wegen grober Unregelmäßigkeiten aus dem Amte entfernt worden und hat vor einiger Zeit eine Gefängnisstrafe von vier Monaten erlitten. Es fanden mehrere Fälle zur Anklage, in denen der Angeklagte, der sich in miltlerer Vermögenslage befand, Geld, welches er von Klienten empfangen, widerrechtlich zurückbehalten, in eigenem Interesse verwendet bezw. nur auf vieles Drängen ratenweise zurückgegeben haben soll. Der Betrugsfall bestand darin, daß der Angeklagte, nachdem er schon nicht mehr Rechtsanwalt war, eine Konzeptionsnote für einen Gastwirt führte und diesem dabei vorpiegelte, daß er die Sache zu einem günstigen Abschluß bringen könne, zu diesem Zweck aber vorher mit einem Stadtrat

Rücksprache nehmen müsse. Außerdem hat er noch einige Zeit nach seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Anwaltsstande an seiner Thür noch ein Schild mit der Aufschrift „Rechtsanwalt“ geführt. Staatsanwalt Krebs hielt eine hohe Strafe für geboten, da der Angeklagte durch sein Vorgehen sowie durch seine unfauberen und schmierigen Geldgeschäfte, die er vermittelte, den Anwaltsstand in der schändlichsten Weise geschädigt und in der öffentlichen Achtung zurückgesetzt habe. Er beantragte zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Erwerbsverlust und sechs Wochen Haft. Der Gerichtshof war mit dem Rechtsanwalt Vallien I der Ansicht, daß es sich nur um einen Fall des Betrugs und einen solchen der Unterschlagung handeln könne. Es wurde auf ein Jahr Gefängnis und vier Wochen Haft erkannt.

Verfammlungen.

Die Marmorarbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in der über die Verhandlungen mit den Unternehmern vor dem Einigungsamt berichtet wurde. Von den Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die Unternehmern nur auf der Basis des alten Tarifs verhandeln wollten und in Rücksicht auf die noch nicht genügend gestärkte Organisation der Arbeiter diesem Verlangen auch statgegeben werden mußte. Trotzdem sind in die Einigungsvorschlägen verschiedene für die Arbeiter recht günstige Bestimmungen aufgenommen worden. Der alte Tarif, der bisher aber vielfach nicht beachtet worden ist, hat einige Verbesserungen erfahren und es ist Aussicht vorhanden, daß derselbe auf Grund der getroffenen Vereinbarungen auch allgemein durchgeführt werden kann. Sehr wesentlich sind die Bestimmungen, wonach die Arbeitgeber bei Einstellung von Arbeitern in erster Linie die Mitglieder der Organisation der Steinarbeiter beschäftigen und tarifstreue Arbeiter beschäftigen sollen und andererseits die Arbeitnehmer verpflichtet sind, nur bei tarifstreuen Arbeitgebern zu arbeiten und die notwendigen Maßnahmen zur alseitigen Durchführung des Tarifs zu treffen haben. Im übrigen hat eine Kommission von je drei Vertretern beider Parteien unter Vorsitz eines Gewerberichters über alle Differenzen zu entscheiden und wenn diese kein befriedigendes Resultat erzielt, so kann das Einigungsamt angerufen werden. — Nach einer längeren Diskussion, in der einige Positionen des Tarifs bemängelt wurden und in der verschiedene Redner darauf hinwiesen, daß vor allen Dingen die Organisation gestärkt werden müsse, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, wurden die Abmachungen vor dem Einigungsamt von den Versammelten gutgeheißen. Die Vereinbarungen sind zunächst bis 1. September 1902 gültig und gelten auf ein weiteres Jahr, wenn nicht drei Monate vor Ablauf derselben die Kündigung erfolgt. In die Kommission wurden als Vertreter der Arbeiter Schütz, Tilsch und Raasch gewählt.

Die streikenden Schuhmacher hielten am Sonntag eine äußerst stark besuchte Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Herrmann referierte über: „Die gegenwärtige Situation des Streiks“. Eine Aenderung sei bisher nicht eingetreten. Die Arbeitgeber haben sowohl die Verhandlungen mit der Organisation abgelehnt, wie auch das Gewerbegericht als Einigungsamt. Sie glauben, daß sie an die Abmachungen des Fabrikantenrings gebunden sind. Vielmehr seien Anordnungen getroffen, um am Mittwoch in allen Fabriken eine Aussperrung der Arbeiter erfolgen zu lassen. In der Diskussion schilderten alle Redner einschließlich der Vertrauensleute der einzelnen Fabriken die Situation des Streiks als eine für die Streikenden äußerst günstige. Am Mittwoch soll eine weitere Versammlung stattfinden, in der die ferneren Maßnahmen seitens der Streikenden beraten werden sollen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshause tagende öffentliche Versammlung aller in der Schuhwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis davon, daß nach den Anführungen einzelner Fabrikanten der Fabrikantenverband wegen der Arbeitsniederlegungen eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen vollziehen will. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Forderungen der Ausständigen vollständig gerechtfertigt sind und daß von Seiten derselben alles geschehen ist, eine friedliche Beilegung der Differenzen zu ermöglichen. Die heutige Versammlung erklärt sich nach wie vor mit der Haltung der Ausständigen einverstanden und scheidet der Aussperrung der gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Mitleid entgegen.“

Die Frage, ob die Unorganisierten zu unterstützen sind, ruft eine längere Debatte hervor und wird durch Annahme folgenden Antrags erledigt: Die Unorganisierten sind vorläufig aus den Mitteln, welche die Öffentlichkeit aufgebracht hat, zu unterstützen. Des weiteren aber ist die Regelung dieser Frage der Generalversammlung der Organisation zu überlassen.“

Charlottenburg. Am Freitagvormittag fand in der Sambrinus-Brauerei wiederum eine Arbeitslosen-Versammlung statt, in welcher die in der vorigen Versammlung gewählte Kommission über ihren Empfang beim Oberbürgermeister Bericht erstattete. Sie war zunächst recht höflich aufgenommen worden, und der Oberbürgermeister hatte Beilegung einiger städtischen Arbeiten und Einstellung von etwa 200 Arbeitern in Aussicht stellen zu können gelobt. Am nächsten Tage jedoch, nachdem die Angelegenheit im Magistrat besprochen war, mußte der Oberbürgermeister erklären, daß nach Ansicht des Magistrats höchstens 30 Personen beschäftigt werden könnten — soviel sind unterdessen von der städtischen Gasanstalt entlassen worden —; Erdarbeiten z. B. könnten noch gar nicht in Angriff genommen werden, weil das Erdreich noch gefroren sei, und überhaupt sei die vorhandene Arbeitslosigkeit nicht so groß, wie sie von den Arbeitern in stark übertriebener Weise dargestellt werde. Als letzte Zufluchtsstätte konnte er den Arbeitslosen, die denen in Wirklichkeit Hunger und Elend eingelehrt sei, nur die Armenverwaltung nennen. In der Rot der Arbeitslosigkeit noch die Entrechtung, die bei uns mit dem Bezug von Armenunterstützung verbunden ist, — das ist der Rat und die Hilfe des Klassenstaats für die Arbeiter. In der Diskussion wurde dieser Standpunkt aufs schärfste verurteilt. Die Versammlung wählte eine Kommission von neun Mitgliedern, welche sämtliche Stadtverordneten und Magistratsmitglieder auffuchen, über die Verhältnisse unterrichten und dringend an ihre Pflicht mahnen soll. Weiter wurde beschlossen, daß sämtliche Arbeitslose sich im städtischen Arbeitsnachweis melden und einschreiben lassen sollen, damit man eine statistische Unterlage gewinne und der Magistrat durch die Arbeit seiner eigenen Beamten überführt werde, wie zutreffend die gegenwärtigen Zustände von den Arbeitern gekleidet werden. Der städtische Arbeitsnachweis ist täglich von 10—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Von den Herren vom Magistrat war niemand erschienen, um persönlich die Forderungen der Arbeitslosen mit anzuhören. Wie hoch das Elend durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit bereits gestiegen ist, dafür ist ein kleines, aber bereichendes Zeichen auch der Umstand, daß in der Versammlung, die von mehr als 500 Personen besucht war, und von 10—1/2 Uhr dauerte, im ganzen 8 Glas Bier und eine Flasche Seltenerwasser verkauft wurden.

Weißensee. Am 6. d. M. hielt der hiesige socialdemokratische Arbeiterverein eine außerordentliche General-Versammlung ab. In derselben wurde beschlossen, die Zeitungsexpedition des „Vorwärts“ in eigene Regie zu nehmen, und mit den Bearbeiten eine Kommission von 5 Mitgliedern betraut. Zur Frage der gewerkschaftlichen Organisation wurde ein von Hahn eingebrachter Antrag angenommen, in dem es heißt: Die Vorstandmitglieder müssen gewerkschaftlich organisiert sein; in Zweifelsfällen, das heißt wo keine gewerkschaftliche Organisation vorhanden, entscheidet die Generalversammlung. Zur Beratung neuer Statuten wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern gewählt. Bei der Ergänzungswahl zum Vorstand nahmen als Weisiger Gehard und Wenzl an. Zum Fonds zur Errichtung des Liebknecht-Denkmal wurden 30 M. bewilligt.

Die Verwirrung in China

scheint immer größer zu werden. Aus dem zwischen den Vereinigten Staaten und den Mächten gepflogenen Schriftwechsel, welcher jetzt veröffentlicht ist, ergibt sich, daß außer der an die Mächte gelangten identischen Note der Vereinigten Staaten vom 16. Februar d. J. eine weitere Note an China abgefaßt wurde. In dieser wird China davon verständigt, daß die Vereinigten Staaten geheime Verhandlungen zwischen China und einer andren Macht, welche auf eine Abtretung eines Gebietsteils hinfiele, nicht aufheben könnten. Die Note fügt hinzu, die Vereinigten Staaten hielten den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geeignet für Abtretungen bezw. Verhandlungen über Abtretungen. Deutlich alle Mächte billigten die Note und sprachen ihre Zustimmung aus; darunter Rußland als eine der ersten. — Rußland scheint alles gutzuheißen, was die andren Mächte gegen China unternehmen, im übrigen aber zu thun, was ihm gutdünkt und seinen speziellen Interessen dient. Die russischen Diplomaten versichern nach wie vor, daß sie an eine dauernde Beilegung der Mandchurien nicht dächten, dagegen beharren sie auf Unterzeichnung des Abkommens seitens der Chinesen. Wie aus chinesischer Quelle verlautet, besteht der russische Gesandte in Peking auf der Unterzeichnung des Mandchurien-Abkommens und stellt Zwangsmahregeln in Aussicht, falls die Unterzeichnung nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen werde.

Amerika fürchtet, daß China, indem es den Vertrag mit Rußland einget, nicht in der Lage sein werde, seine diplomatischen Verpflichtungen gegen Amerika zu erfüllen durch diejenigen Handelskonzeptionen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten als Kompensation für ihr selbstloses Eintreten für China schließlich erwarte.

Die englische Blätter melden, betreibt Japan seine Rüstungen zur See mit großem Eifer. Die Nachricht, daß Rußland in Korea Truppen gelandet hätte, ist bisher weder bestätigt, noch widerkrufen. Alles in allem ist die chinesische Frage heute genau so verwickelt, als je zuvor.

Entschädigungsansprüche.

Die Gesandten bereiten einen Plan vor, den die Gesandtschaften wegen der Forderungen von Einzelpersonen wegen Schadloshaltung befolgen sollen. Man wird nur materielle Verluste in Rechnung stellen, nicht aber Verluste, die aus entgangenem Gewinn herrühren. Wird man auch die von den verbündeten Truppen ausgeplünderten, um Hab und Gut gebrachten Chinesen entschädigen?

Die „Hauptschuldigen“.

deren Köpfe von den Verbündeten gefordert werden, haben bisher nicht die Gewogenheit gehabt, sich zu stellen, im Gegenteil, sie setzen sich in den Verteidigungsstand. Die „North China Daily News“ melden: Depeschen aus Lantschau berichten, Prinz Tuan, Tzungfuhang und andre schuldige Würdenträger befinden sich jetzt in Peking und sind zum Widerstand gegen ihre Verhaftung vorbereitet. Tzungfuhang verfügt über 20 000 Mann, Prinz Tuan über 10 000. Ein seltischer Kommissar ist auf dem Wege nach Peking, um den Urteilspruch über die schuldigen Beamten bekannt zu machen und dem betreffenden Edikt Gehorsam zu verschaffen.

Peking, 11. März. Der amerikanische Gesandte Conger hat heute früh Peking mit sechsmonatigen Urlaub verlassen. Alle Gesandten waren zum Abschied am Bahnhof erschienen. — Li-Hung-Tschang ist aufs neue ernstlich erkrankt. Der Arzt sagt, sein Leben hänge an einem Haaren.

Generalfeldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking, den 10. März: Kolonne Ledebur hat am 8. das Thor der großen Mauer westlich An-tu-Ling-Pah (190 Kilometer westlich Pootingfu) erstürmt und 4 Gefangene genommen.

London, 11. März. Die „Times“ meldet aus Shanghai vom heutigen Tage: Aus glaubwürdiger Quelle wird gemeldet, Rußland habe der chinesischen Regierung bekannt gegeben, wenn das Mandchurien-Abkommen nicht zu einem raschen, von Rußland bezeichneten Datum unterzeichnet würde, dieses die Konvention zurückziehen und härtere Bedingungen aufstellen werde. Li-Hung-Tschang erkläre, er sei machtlos, Widerstand zu leisten.

Hier herrscht beträchtliche Besorgnis, da man glaubt, daß gegenwärtig zwischen den Jangtse-Beiwohnern und Li-Hung-Tschang die äußerste Spannung bestehe.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Beleidigtelegramm des Kaisers an die Familie des Freiherrn v. Stumm.

Saarbrücken, 11. März. (B. S.) Der Kaiser telegraphierte am Frey v. Stumm: Schmerzlich bewegt durch die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres von mir so sehr geschätzten Gemahls sprechen die Kaiserin und ich Ihnen und den Ihrigen unsere wärmste und aufrichtigste Teilnahme aus. Möge der gütige Gott Ihnen allen Trost verleihen, diesen schweren Verlust zu tragen. Wilhelm.

Reichstags-Ergebniswahl in Posen.

Posen, 11. März. (B. S. W.) Bei der heutigen Reichstags-Ergebniswahl erhielten in der Stadt Posen Oberbürgermeister Witting, Kandidat der deutschen Parteien, 7276 Stimmen, Rechtsanwalt v. Ehrzanowski, Pole, 8171 Stimmen, Kaszperzak, Socialdemokrat, 675 St. Der deutsche Kandidat erhielt somit in Posen circa 2000 Stimmen mehr als beide deutsche Kandidaten bei der letzten Reichstagswahl. Soweit das Resultat aus dem ganzen Wahlkreise bisher bekannt ist, wurden für Witting 8677, für Ehrzanowski 11 022, für Kaszperzak 688 Stimmen abgegeben, so daß die Wahl des polnischen Kandidaten gesichert erscheint.

Die Chinaplündungen vor dem englischen Unterhand.

London, 11. März. Unterhaus. Edmund Robertson fragt an, ob britische oder andre europäische Truppen bei Peking und Tientsin geplündert haben und ob dertartig geraubtes wertvolles Eigentum öffentlich verkauft worden sei. Staatssekretär Lord Hamilton erwidert, soweit er wisse, sei in der vom Professorell angegebener Weise nicht geplündert und geraubt worden. General Gaselee habe am letzten August berichtet, daß bei den Truppen einiger verbündeter Mächte das Plündern geduldet worden sei. General Gaselee habe sich aber auf alle Weise bemüht, die britischen Soldaten zu verhindern, sich an dem Plündern und ebenso an der Zerstörung von Privatigentum zu beteiligen. — Jede Macht scheidet also der andren die Schuld zu. Schließlich hat keine geplündert.

Zurückbare Reflexexplosion.

Chicago, 11. März. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Heute morgen erfolgte in einer hiesigen Dampfmaschinenfabrik eine Reflexexplosion, durch die die Anstalt völlig zerstört und etwa 30 Mädchen und 50 Männer unter den Trümmern begraben wurden. Fünf Leiden und 12 schwerverletzte Mädchen wurden inzwischen zu Tage gefördert.

Wien, 11. März. (B. S. W.) Das Abgeordnetenhaus ging in seiner heutigen Abendung zur zweiten Lesung des Rekrutenkontingent-Gesetzes über. Der Gesche Vorsitz erklärte, man möge daraus, daß die Gesche die Rekrutenverträge aus ihrem Vorgehen ausgegliedert haben, nicht den Schluß ziehen, daß in der Haltung der böhmischen Abgeordneten ein totaler Wandel eingetreten sei. Es sei ausgeschlossen, an eine regelmäßige parlamentarische Tätigkeit zu denken. Die Gesche bildeten in Desterreich einen mächtigen Schutzwall, welcher den Weg von Berlin nach Wien verstoppte. Sie würden in der Verteidigung dieses Schutzwalles bis zum letzten Atemzuge ausharren.

London, 11. März. (B. S. W.) Der Kapdampfer „Kinsand Castle“ ist auf die Thigle-Bank bei den Needles gesunken. Ein Passagierdampfer wurde zur Hilfe ausgesandt. Die Passagiere und Polikanten werden wahrscheinlich durch Tender gelandet werden.

Reichstag.

65. Sitzung vom Montag, den 11. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Richthofen.

Präsident Graf Balleskrone:

Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.) Unser Kollege Herr v. Stumm ist eine halbe Stunde vor Anbruch des 9. März in seiner Heimat sanft entschlafen. Der verstorbene Kollege hat bis zu der Zeit, wo ihn die tödliche Krankheit erfaßte, in hervorragender Weise an den Arbeiten des Reichstags sich beteiligt. Die Mitglieder des Reichstags werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Zum Gedächtnis des verstorbenen Kollegen haben Sie sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich konstatiere das.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Kolonial-Gesetzes. Die Beratung beginnt mit dem Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet.

Abg. Bebel (Soz.):

Die Kolonie Deutsch-Ostafrika gehört uns nunmehr seit sieben Jahren. All die schönen Versprechungen, die seiner Zeit in Bezug auf die Entwicklung dieser Kolonie gemacht wurden, haben sich als Phantasiegebilde erwiesen und werden auch in Zukunft nicht ihre Erfüllung finden. Ein berufener Kenner dieser Kolonie, Herr Gustav Meinede, der frühere Sekretär der Kolonialgesellschaft, hat sich dahin ausgesprochen, daß man sich in Bezug auf die Entwicklung Deutsch-Ostafrikas einer gewaltigen Täuschung hingeeben habe. Herr Meinede kennt die Verhältnisse dort aus eigener Anschauung, wir sind hier nur auf die Informationen angewiesen, die uns von der Regierung mit der ganzen Macht ihrer Autorität zugehen, und von den Kolonialinteressen, die im Kolonialrat das große Wort führen. Dem Urteil dieser Herren, die natürlich daran interessiert sind, daß das Reich möglichst viel Opfer für die Kolonie bringt, steht das Urteil des Herrn Meinede diametral gegenüber, das dahin geht, daß diese Kolonie weder politisch noch wirtschaftlich für uns von Vorteil sein wird. Man sollte doch nun meinen, daß bezüglich dieser Kolonie, die ein halbes Menschenalter hindurch die erheblichsten Opfer gekostet hat, ca. 80 Millionen sind dafür im Lauf der Jahre ausgegeben worden, sich der Handel wenigstens gehoben hat. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Der Handel hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Das müßte uns doch bebenfalls machen. Der Gesamtumsatz an Waren betrug 1898 16 185 000 M., 1899 nur noch 14 450 000, also um volle 1 1/2 Millionen weniger. Im ersten Semester des Jahres 1900 stellte sich die Ziffer noch ungünstiger, und falls das zweite Semester ein ähnliches Resultat ergibt, wird auch in diesem Jahre ein Rückgang des Warenumsatzes um 1 1/2 Millionen zu verzeichnen sein. Und nicht einmal der deutsche Handel ist in erster Linie in der Kolonie vertreten.

Der Wert des deutschen Handels hat im Jahre 1899 noch nicht einmal 3 Millionen Mark betragen, d. h. ca. 1/3 dessen, was das Reich selbst für die Kolonie aufbringt. Das ist doch ein außerordentlich trauriges Resultat, das selbst uns, die wir der Kolonialpolitik mit großem Mißtrauen gegenüberstehen, aufs höchste überläßt hat. Eine einzige Einnahmequelle hat sich im Laufe der Zeit verbessert, das sind die Einnahmen aus der sogenannten Hüttensteuer. Diese wurde im Jahre 1899 zum erstenmal eingeführt. Damals wurden 100 000 Mark angelegt, statt dessen 300 000 Mark erzielt. 1899 betrug der Anschlag 350 000 M., erzielt wurden 550 000 M., und in diesem Etat sind jetzt 1 100 000 M. angelegt. Das macht den Eindruck, als bestände sich die Bevölkerung dort in einem Zustande materieller Prosperität, während doch gerade das Gegenteil der Fall ist. Die Steuer ist eine so außerordentlich hohe im Verhältnis zu der armen Bevölkerung, daß wenn ein ähnliches Steuersystem in irgend einem deutschen Staate eingeführt würde, sich unbedingt ein Schrei der Empörung in der Bevölkerung erheben würde. Von den armen Einwohnern wird dort verlangt, daß sie jährlich 4,20 M. an Hüttensteuer bezahlen. Man behauptete bei der Einführung dieser Steuer, sie solle als Erziehungsmittel dienen. In der That werden die Leute alles aufbringen müssen, um die Steuerbehörde in irgend einer Form zu befriedigen. Sie können das, abgesehen von der Verzinsung, auch durch Arbeiten oder durch Lieferung von Rohprodukten. Interessant wäre es, zu erfahren, welche Arbeitslöhne in Afrika gezahlt werden, dann könnte man daran erkennen, wie viel Tage die Leute arbeiten müssen, um diese Steuer abzutragen. Daß auf Afrika diese Steuer durchaus nicht als Erziehungsmittel wirkt, dafür spricht der Umstand, daß in den verschiedenen Teilen unserer Kolonie seit Jahren wiederholt Aufstände vorgekommen sind, die hauptsächlich auf die Einführung dieser Hüttensteuer zurückzuführen sind. Eine hiesige Zeitung hat behauptet, daß besonders das Vorgehen des Generals v. Liebert, der mit der äußersten Strenge auf die Einbringung der Hüttensteuer gesehen habe, Unruhen hervorgerufen habe. Noch am 21. August 1899 habe er eine scharfe Eintreibung der Steuer verlangt in einer Verordnung an die verschiedenen Distrikte. Diese Aufstände sind zum Teil sehr blutig niedergeschlagen worden. Im Oktober v. J. sollen allein 40 Menschen wegen rückständiger Steuern niedergemetzelt sein. Herr Hans Wagner behauptet, daß im Laufe der Zeit 2000 Menschen bei der Einbringung dieser Steuer ums Leben gekommen seien. Herr Dr. Wagner hat sich auch bereit erklärt, diese Behauptung vor Gericht zu beschwören. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, erfahren wir ja nur, wenn irgend jemand gelegentlich es für gut befindet, in der europäischen Presse etwas darüber zu veröffentlichen. Die dortige Presse hütet sich wohl, über die wahren Zustände zu berichten, und auch die Beamten dort haben nicht das geringste Interesse daran, die Dinge so zu schildern, wie sie liegen. — Bei einer Expedition sollen nicht weniger als 19 Hauptlinge hingerichtet sein. Daß solche Maßnahmen die Sympathien für die Beherrscher des Landes nicht vermehren können, liegt auf der Hand! Ueberhaupt das ganze Verwaltungssystem ist der Entwicklung der Kolonie außerordentlich schädlich. Die Offiziere und Beamten, die nach Ostafrika kommen, kommen mit deutschen Begriffen dorthin und wollen alles mit Verordnungen regeln; alles wird dort dekretiert und reglementiert. Man geht dort vor, als wenn es sich um einen geordneten Staatsorganismus handelte, obwohl man sich doch einer außerordentlich dünnen Bevölkerung gegenübersteht. Es müßte vielmehr Wert darauf gelegt werden, kaufmännische und gewerbliche Elemente heranzuziehen.

Nun habe ich noch eine Frage an den Herrn Kolonialdirektor zu richten. In der „Ostafrikanischen Zeitung“ in Dar-es-Salaam ist berichtet worden, daß eine Besprechung über Sklaverei stattgefunden habe, bei der es sich aber nicht um eine Abschaffung der Sklaverei gehandelt habe, sondern darum, wie man dieselbe organisieren könne. Es heißt da: „Sklavenverkauf“ findet nur in Dar-es-Salaam statt, die betreffende Bescheinigung erhält erst bindende Kraft durch Eintragung beim Bezirksamt.“ Kinder und Mütter dürfen nicht im Erbgange von einander getrennt werden, event. sind Mutter und Kind gemeinschaftlich zu verkaufen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dieser Bericht sich bewahrheitet, so wird also die Sklaverei bis zu einem gewissen Grade von den Behörden gebilligt. Weiter möchte ich den Herrn Kolonialdirektor fragen, ob der Hauptmann Kammberg bekräftigt wurde, von dem I. B. berichtet wurde, daß er in der Nacht durch das Schreien eines Kindes aus dem Schlafe geweckt, in der Wei Mutter und Kind getötet hat? (Weißall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Herr Bebel meinte, die Hoffnungen auf die Kolonie hätten sich nicht erfüllt. Worauf richteten sich denn aber vor allem jene Hoffnungen? Zunächst handelte es sich um den Eisenbahnbau. Dieser müßte naturgemäß unter der Bekämpfung des Sklavenhandels

leiden. Weiter haben sich dem Eisenbahnbau gegen früher, wo er nur nach der Seite ging, noch andre Wege nach dem Norden und Süden eröffnet.

Wir sollten uns daher nicht bemühen, diesen niedergehenden Handel wieder zu beleben, sondern wir sollten uns auf den Plantagenbau legen. Dazu wäre natürlich ein Ausbau der Verkehrswege notwendig. Herrn Meinedes Urteil steht im Gegensatz zu dem Urteil der Kolonialgesellschaft, deren Sekretär Herr Meinede bis dahin gewesen war, und für sein Urteil sind vielleicht auch persönliche Momente maßgebend gewesen. — Herr Bebel hat die Hüttensteuer scharf kritisiert. Durch diese wird aber die Bevölkerung sehr gehindert und diese Behinderung ist eine Vorbedingung für die Vermehrung der Bevölkerung. Von einer Vermehrung der Aufstände spricht übrigens die Denkschrift nicht. Ob Herr Bebel's Quellen zuverlässiger sind, weiß ich natürlich nicht. Das Urteil des Herrn Hans Wagner ist für mich jedenfalls absolut nicht maßgebend. — Herr Bebel hat die Amtsführung des Herrn Liebert kritisiert. Nach meiner Meinung war seine Verwaltung eine der vorzüglichsten, die wir jemals in der Kolonie gehabt haben. — Die Sklaverei kann man mit einem Federstrich natürlich nicht beseitigen. Die Beschlässe der Konferenz, die Herr Bebel erwähnte, bedeuten doch eine allmähliche Abschaffung der Häuten der Hausflaverei. — Weder wünscht schließlich Uebergang von der Kupien- zur Markwährung in Ostafrika.

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Herr Bebel meinte, 80 Millionen wären im Laufe der Jahre für die Kolonie Ostafrika verwendet worden. Nach einer ziffermäßigen Zusammenstellung, die mir vorliegt, beträgt die Gesamtsumme jedoch nur 50 350 000 Mark. Daß augenblicklich die Handelsverhältnisse sich nicht in dem wünschenswerten Zustande befinden, muß zugegeben werden. Es ist aber zu hoffen, daß mit den notwendigen Verkehrsmitteln nicht länger gequält werden wird und dann werden auch die Handelsverhältnisse im Schutzgebiete einen Aufschwung nehmen. Herr Bebel hat die Angriffe einer hiesigen Zeitung citiert, die darin gipfeln, daß die Maßnahmen des früheren Gouverneurs Liebert sämmtlich daran gewesen seien, daß 2000 Menschen ihr Leben bei der Eintreibung der Hüttensteuer verloren hätten. Ich habe mir ausführlich darüber Bericht erstatten lassen und erfahren, daß diese Angabe der Kolonialzeitung mit gutem Gewissen als phantastische Unwahrheit bezeichnet werden kann. (Hört! hört! rechts.) Es ist ja richtig, daß Aufstände innerhalb des Schutzgebietes stattgefunden haben, und bei diesen Aufständen ist auch die Häuser- und Hüttensteuer genannt worden, d. h. die Einwohner haben sich bei Gelegenheit der Aufstände zunächst geweigert, die Steuer zu bezahlen. Diese Weigerung war aber durchaus nicht der Grund für den Ausbruch der Unruhen. Zunächst handelt es sich da um einen Strafzug gegen den Häuptling Mafemba Wintendami. Der Aufstand hatte sich entwickelt aus der Weigerung dieses Häuptlings, auf die Verhandlungen der Behörde des Schutzgebietes bezüglich der Bezahlung der Hüttensteuer einzugehen. Der Häuptling wußte sich diesen Verhandlungen stets zu entziehen, und schließlich blieb nichts übrig, als eine militärische Expedition gegen ihn in die Wege zu setzen. Bei einem andern Aufstand genügte ein einziger Unteroffizier mit einer Anzahl von Kolonisten, die Angelegenheit in kürzester Frist zu erledigen. — Was die Angriffe gegen Major Liebert betrifft, so gereicht es mir zu besonderem Vergnügen, hier anzuführen zu können, daß diese Angriffe durchaus grundlos gewesen sind. Insbesondere hat der Rücktritt des Herrn Liebert mit der Art seines Verhaltens nichts zu thun gehabt. Herr Liebert tritt aus eigenem Antrieb in die Armeekasse, wo ihn ein höheres Kommando zugeordnet ist. Die Kolonialverwaltung sieht diesen verdienten Beamten nur mit Bedauern scheiden. — Was die Einrichtung von 19 Hauptlingen anlangt, die Herr Bebel erwähnte, so hat mir der stellvertretende Gouverneur v. Florps berichtet, daß es sich hier um Pustände gehandelt hat, die eine andre Behandlung seitens des Bezirksamts nicht gestattet haben.

Wenn gesagt ist, daß zu viel Verordnungen erlassen sind, so weise ich darauf hin, daß nach einer Zusammenstellung in einem gleichen Zeitraum in Britisch-Ostafrika eine bedeutend größere Anzahl von Verordnungen erlassen ist als in Deutsch-Ostafrika. Selbstverständlich sind auch wir der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, daß das kaufmännische Element gegenüber den Beamten und dem militärischen Element sobald als möglich zur Majorität gelange. Aber auch dies hängt mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammen, die bis dahin aufgehalten ist, weil es an den nötigen Unterlagen dieser Entwicklung fehlt. Was die Frage der Sklaverei anlangt, so will ich Herrn Bebel geben, daß der Artikel der „Ostafrikanischen Zeitung“ in Dar-es-Salaam mir nicht minder aufgefallen ist, wie ihm, so daß ich mir damals vor Eintritt meines Amtes die Frage vorlegte, ob denn wirklich so etwas dort geschehen sein könnte. Ich bin dann unterrichtet worden, daß es sich zweifellos dabei um eine missverständliche Berichterstattung gehandelt hat. Es ist aber nichts weiter verkannt worden, als die Anwesenheit, die der Hausflaverei immerhin noch anhaften, möglichst zu beseitigen. Ich habe jedenfalls doch die Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß auch der Anschein vermieden werden müßte, als ob es sich bei der Hausflaverei um eine gefehliche Einrichtung handle.

Der Hauptmann Kammberg ist wegen schwerer Körperverletzung mit Amtsentziehung, Dienstentlassung und 3 Jahren Gefängnis bestraft worden. Es handelt sich hier um einen mehr oder weniger verständlichen Vorfall. Der Hauptmann ist ein wissenschaftlich hochgebildeter Mann, der sich hauptsächlich mit der Erforschung der ostafrikanischen Sprachen während seiner Thätigkeit dort beschäftigt hat. Bei der Verurteilung verschiedener Hauptlinge über diese Sprache hat er geäußert, auf einen solchen Widerstand bei diesen Hauptlingen zu stoßen, daß er sich für berechtigt gehalten hat, den Widerstand durch Knutenhiebe zu brechen. Die Anregung des Herrn Haffe, um Schutzgebiete die Kupienwährung durch Markwährung zu ersetzen, werde ich eingehend prüfen.

Abg. Herr v. Hertling (C.):

Es wäre ja in der That unerhört, wenn unter behördlicher Billigung in unseren Kolonien Sklaverei bestehen sollte. Wir haben seiner Zeit angeregt, in einem Gesetzentwurf vorbereitende Maßnahmen zur Beseitigung der Hausflaverei zu treffen. Ich möchte auf die Anregung wiederholt zurückweisen.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich möchte den Herrn Kolonialdirektor fragen, wodurch ergänzt sich denn die Hausflaverei. Die Hausflaven müssen doch auch sterben wie andere Menschen. Seit einer Reihe von Jahren haben wir die Sklaverei abgeschafft; wo kommt nun der Ersatz für die Hausflaven her? Wenn wir die Quelle verstopfen, aus der der Ersatz fließt, dann muß die Hausflaverei auf dem Wege des Absterbens ganz von selbst verschwinden. Davon aber ist keine Rede. Was für Maßregeln sind ergriffen, um die Hausflaverei wenigstens allmählich abzuschaffen?

Daß die Hüttensteuer ein wesentliches Moment für die Aufstände gewesen ist, kann gar nicht bestritten werden. Wie viel Leute haben denn dort bares Geld oder Naturprodukte, um die Steuer zu bezahlen? In welcher Weise wird die Arbeit bezahlt? Wie hoch ist der Tagelohn und welche Berechnungsart wird angewendet, um festzustellen, daß ein Tag Zwangsarbeit so und soviel Steuer entspricht?

Der Herr Kolonialdirektor hat die Aufwendungen für Ostafrika auf 55 Millionen berechnet. Das sind aber nur die direkten Aufwendungen. Rechnen wir die indirekten hinzu, dann ist die Summe von 80 Millionen eher zu niedrig gegriffen. Er erklärt die langsame

Entwicklung der Kolonie mit dem Mangel an Verkehrswegen. Es sind doch aber eine Reihe von Wegen geschaffen worden. Wir haben das Geld für Bebauung ausgegeben, wir haben Bahnen gebaut. Angesichts dieser Aufwendungen sollte der Handel gestiegen sein. Das ist aber nicht geschehen. Der Eisenbahnbau hat nicht andre Wege eingeschlagen, wie Dr. Haffe behauptete, sondern ist zurückgegangen, weil die Elefanten zum großen Teile ausgerottet worden sind. Ob gerade durch die Verwaltung Deutschlands die Einwohnerzahl der Kolonie sich vermehrt hat, kann sehr bezweifelt werden. Die meisten Opfer fordert die Dürre, der Hungersnot und die in ihrem Gefolge auftretende Hungerpest. Da kann auch die deutsche Verwaltung nicht viel helfen. Die Engländer sind ja auch in Indien gegen die Mächte der Natur ohnmächtig geblieben. Noch viel schlimmer sieht es da in Ostafrika mit unserer Macht.

Ob es richtig ist, daß gerade 2000 Menschen bei dem Eintreiben der Hüttensteuer getötet worden sind, ist die Sache des Herrn Dr. Wagner. Die Zahl ist mir nebenächlich. Wir war darum zu thun, festzustellen, daß die Steuer zu Aufständen und Menschenopfern geführt hat. Um ein paar tausend Mark einzutreiben, werden kostspielige Expeditionen ausgesandt, deren Kosten in gar keinem Verhältnis zu dem Vorteil stehen. (Zustimmung links.)

Kolonialdirektor Stübel:

Der Arbeitslohn in Ostafrika ist sehr verschieden an der Küste und im Innern. Für die Einziehung der Hüttensteuer kommt das Küstengebiet in Betracht. Dort beträgt der tägliche Arbeitslohn 1/2 bis 3/4 Rúpia, also 45 bis 70 Pfg.

Herr Bebel fragte: wie sieht sich die Hausflaverei fort? Sie setzt sich nur durch die Geburt fort. Die Vermehrung der Einwohnerzahl ist eingetreten, nachdem in Deutsch-Ostafrika der Sklavenhandel abgeschafft ist und Ruhe und Ordnung herrscht.

Abg. v. Bollmar (Soz.):

Die Eingeborenen haben also 8—12 Tage Fronarbeit zu leisten! Der Kolonialdirektor hat eben offen erklärt: Die Hausflaverei setzt sich durch die Geburt fort. Man kann verschiedener Meinung sein über das Tempo, in dem die Hausflaverei abgeschafft wird. Niemand hat daran gedacht, die jungen und alten Hausflaven mit einem Schlag aus dem Hause hinauszujagen und sie dann gehen zu lassen, wie sie selber weiterkommen. Etwas war das Bestreben, der Hausflaverei ihre schlimmsten Eigenschaften eine nach der andern zu nehmen und sie so zu beseitigen. Aber eine Voraussetzung war dabei. Wenn man schon glaubt, daß die jetzigen Hausflaven nicht ohne weiteres in europäische Rechtsverhältnisse verlegt werden können, so war man doch zum allermindesten der Meinung, daß auf deutschem Gebiet keine Sklaven mehr geboren werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für unsre Occupation der Schutzgebiete galt ja als Unhängelchild die Beseitigung der Sklaverei. Wenn aber fortgesetzt neue Sklaven geboren werden, dann sollte man nicht davon reden, daß wir die Sklaverei bekämpfen. Wir fügen den Sklavenhandel und die Sklaverei zu beseitigen, aber so lange die Hausflaverei blüht, wird immer wieder von neuem der Anlaß zu Sklavenhandel und Sklaverei gegeben. (Sehr richtig! links.) Mit dem Vorgänger des jetzigen Kolonialdirektors haben wir in früheren Jahren darüber verhandelt, ob nicht Anzeichen beständen, daß der Handel mit geraubten Sklaven weiter geht. Eins hängt hier an dem andern. Wenn man sonst Gegner der Sklaverei ist, dann darf man die Hausflaverei nicht so beschönigen wollen, wie es in der Kommission geschehen ist. In der Kommission ist von mehreren Seiten behauptet worden, den Sklaven selbst wäre die Beseitigung der Sklaverei besonders unangenehm. Ganz dieselben Argumente wurden erhoben, als Nordamerika an die Befreiung der Sklaven ging. Solche Beschönigungen der Sklaverei sollte man unterlassen oder dem wenigstens erklären: „Wir können die Sklaverei nicht beseitigen, wir treten offen für sie ein.“ Ich glaube aber nicht, daß die Herren den Mut haben, das zu erklären. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Gegnerschaft meiner Partei gegen die Kolonialpolitik schließt nicht ein, daß uns nun alles gleichgültig wäre, was in den Kolonien geschieht. Man kann sehr wohl ein Interesse daran haben, ob es besser oder schlechter dort geht, man kann darauf dringen, daß bessere Einrichtungen getroffen werden. Das A und O ist der Mangel an richtig ausgebildetem Personal für die Verwaltung. Auf meine Frage in der Kommission hat mir der Herr Kolonialdirektor eine Antwort gegeben, die mich durchaus nicht befriedigt. Sie ging dahin, man könne bei der kurzen Zeit, die unsre Kolonialbeamten des Klima's wegen in der Kolonie nur bleiben könnten, ihnen nicht zumuten, erst eine lange Ausbildung für die Zwecke des Kolonialdienstes in Europa durchzumachen. Thatsächlich schicken wir die Leute ganz unangebildet nach den Kolonien. Die Holländer, die sehr geschickte Kolonialisten sind, widmen der Ausbildung der Kolonialbeamten die größte Aufmerksamkeit. Sie müssen große Handelskenntnisse und Sprachkenntnisse besitzen und mehrere Jahre eine Schule besuchen. Alle unpassenden Elemente werden ausgeschlossen. So lange wir nicht in derselben Weise vorgehen, so lange unsre Beamten es nur als eine Art Sport ansehen, in den Kolonien tätig zu sein und nicht als besonderes Fach, so lange werden wir auch keine besseren Verhältnisse in den Kolonien haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (L.):

Auch wir betrachten die endgiltige Abschaffung der Sklaverei als eins der Hauptziele unsrer Kolonialpolitik. Es handelt sich dabei um das Tempo, das eingeschlagen werden soll und kann. Herr v. Bollmar hat es als einen entsetzlichen Zustand hingestellt, daß ein Kind als Sklave geboren wird. Das ist ja gewiß bedauerlich. Aber zeige er uns doch erst ein praktisches Mittel, wie es zu verhindern ist. In unsrer Kolonie giebt es unzählige Dörfer, in die nie ein Europäer gekommen ist. Wenn Herr v. Bollmar will, daß alle Kinder bei der Geburt für frei erklärt werden, dann müßte die Schutztruppe und die Polizei um das Zehnfache vermehrt werden. Und was wäre der Erfolg? Entweder würde eine solche Verordnung ignoriert werden, oder es brächen Aufstände aus, denen Herr v. Bollmar unsre Truppen nicht anreichern. Nachen wir uns kein A für ein U. So lange die Dinge so liegen, hat es keinen Zweck, im Reichstag über diese Sachen zu sprechen. Wenn wir in Ostafrika die Sklaverei und die Hausflaverei endgiltig beseitigen wollen, dann kann es nur geschehen, indem wir Kultur ins Land tragen, Kultur aber können wir nur verbreiten, wenn wir Eisenbahnen bauen. Wenn Herr v. Bollmar die Hausflaverei möglichst rasch beseitigen will, dann kann ich ihm nur anheimgeben, für den möglichst raschen Bau von Eisenbahnen in Ostafrika zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.)

Kolonialdirektor Stübel:

Herr v. Bollmar hat mich in der Unterkommission wohl nicht verstanden. Ich habe dort nur von den Schwierigkeiten gesprochen, die der Ausbildung von Kolonialbeamten entgegenstehen, vor allem deswegen, weil die Herren des Klimas wegen nicht lange in der Kolonie bleiben können. Ich selbst bin der Ansicht, daß es außerordentlich nützlich wäre, mit der Zeit zu einer besonderen Ausbildung der Kolonialbeamten zu kommen.

Abg. Bebel (Soz.):

Graf Stolberg hat die Feststellung, daß auf deutschem Gebiet Sklaven geboren werden, dazu benutzt, eine Propaganda für die Centralbahn zu machen. Ja, verehrter Herr Graf, Ostafrika ist so groß wie Deutschland. Wenn wir in ähnlicher Weise wie in Deutschland Eisenbahnen dort bauen wollten, dann müßten wir Hunderte, ja Tausende von Millionen ausgeben. Und es ist mehr als fraglich, ob jemals auch nur die Zinsen

gedekt werden würden. Sachkenner behaupten ja, daß das für die Centralbahn ausgegebene Geld niemals Zinsen tragen würde. Nachdem uns hier die Mitteilung geworden ist, daß die Kinder der Hausflaven eo ipso Sklaven sind, so müssen wir hier einsehen und dafür sorgen, daß in den deutschen Kolonien dasselbe Recht gilt wie in allen englischen Kolonien. Dort sind die Kinder der Sklaven vom Tage der Geburt ab freie Leute. Das ist der einzige Weg, um die Hausflaven zu befreien. Man muß nur staunen darüber, wie der Kolonialdirektor eine derartige Erklärung abgegeben hat, als sei es etwas ganz Selbstverständliches. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Rechtlich ist von uns der Bestand der Sklaverei nicht anerkannt. Die Kinder sind, wenn sie geboren werden, freie Leute und können auf Verlangen der Herren nicht zurückgeführt werden. Was können wir weiter thun? Herr v. Vollmar wird es uns schwerlich sagen können. Die Regierung kann gar nicht anders verfahren, als sie es jetzt thut; auch unsere Bevölkerung ist dem Zwange, Wege zu bauen, unterworfen. Ist jemand verpflichtet, den Weg zu bauen und kann die Kosten nicht bezahlen, dann wird er auch bei uns eingesperrt. Die Regierung empfindet es doch als Wohlthat, vom Sklavenhandel und Sklavenraub befreit zu werden, da haben wir doch ein gewisses Recht, den Leuten die Hüttensteuer aufzuerlegen.

Damit schließt die Diskussion.

Präsident Graf Vassestrem

bedauert, eine Wortmeldung Vebels übersehen zu haben.

Das Gehalt des Gouverneurs für Ostafrika wird bewilligt, ebenso die weiteren dauernden Ausgaben.

Es folgen die „einmaligen Ausgaben“. Für Bauten werden 398 000 M. verlangt. Die Kommission hat 250 000 M. davon abgesetzt. Der Vorschlag der Kommission wird debattelos genehmigt. In dem Extraordinarium werden für Fortführung der Eisenbahn Tanga—Moha bis Korogwe, dritte und letzte Rate = 950 000 M. und zur Fortsetzung der Bahn bis Rombo als erste Rate 1 550 000 M. gefordert. Die Kommission beantragt die Summe von 1 550 000 M. zur Fortsetzung der Bahn nach Rombo zu streichen.

Abg. Dr. Haffe (natl.)

bedauert die Streichung dieser Forderung.

Abg. Dr. Arendt (Rp.)

hält die Weiterführung der Bahn für sehr wünschenswert.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Es ist mit Sicherheit auf ein Defizit bei der Bahn zu rechnen. Nach einer Berechnung wird auf 840 M. Ueberzins gerechnet, dabei hat man aber angenommen, daß die Lokomotiven in 50 Jahren, die übrigen Wagen in 100 Jahren und der Oberbau erst in 400 Jahren unbrauchbar wird. (Heiterkeit.) Der Arbeiter dort entlassen werden müssen, ist nicht richtig, denn wenn auch die Bahn im Juli Korogwe erreicht, so ist sie damit doch noch lange nicht fertig. Vor allem möchte ich das Haus warnen, wie es der Herr Vorredner wünschte, sich auch hier wieder auf einen Nachtrag einzulassen.

Vizepräsident v. Frege:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich werde zunächst über die Regierungsvorlage abstimmen lassen, um verschiedenen Wünschen aus dem Hause entgegenzukommen, und alsdann über den Antrag der Budgetkommission auf Streichung dieser Position.

Abg. Richter (fr. Sp.) (zur Geschäftsordnung): Es liegt nur der Antrag der Kommission auf Streichung des Titels vor. Ueber diesen wäre allein abzustimmen.

Vizepräsident v. Frege bleibt bei seiner Auffassung.

Abg. Haffe (natl.): Der Herr Präsident hat das Recht, so zu verfahren, wie er will, und es sprechen in diesem Fall wohl Gründe für ein solches Verfahren.

Abg. Richter (fr. Sp.): Dann bezweifle ich die Beschäftigungsfähigkeit des Hauses.

(Vizepräsident v. Frege wendet sich verlegen nach allen Seiten. Es entsteht eine längere Pause. Allmählich erhebt sich Graf Vassestrem neben dem Vizepräsidenten. Nach kurzer Besprechung erklärt Vizepräsident v. Frege: Nachdem von keiner Seite eine Abstimmung verlangt wird und die Herren sich ausdrücklich vorbehalten haben, auf ihre Wünsche später zurückzukommen, will ich jetzt darauf verzichten, die Vorlage zur Abstimmung bringen zu lassen, und mich darauf beschränken, über den Antrag der Budgetkommission abstimmen zu lassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Richter: Dann ziehe ich meinen Zweifel zurück! (Erneut stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag der Budgetkommission wird hierauf angenommen. Zur Herstellung einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro werden als erste Rate 2 Millionen Mark gefordert.

Die Kommission beantragt, diesen Titel zu streichen und empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

„Der Reichstag möge behufs Erbauung einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro entweder auf Grund eines mit einem Privatunternehmer abgeschlossenen Vertrags oder mit Hilfe des Privatkapitals auf annehmbarer Grundlage dem Reichstage eine Gesetzesvorlage machen.“

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Es wird das hohe Haus interessieren zu wissen, daß den gesetzgebenden Körperschaften unmittelbar ein Gesetzesentwurf betreffend Uebernahme einer Zinsgarantie für das Anlagekapital der Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro zur Beschlußfassung zugehen wird.

Vizepräsident v. Frege:

Ich schlage daraufhin dem Hause vor, die Beratung und Abstimmung über die Resolution der Kommission zu vertagen. Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt sich nicht. Wir haben daher nur abzustimmen über den betreffenden Titel.

In der Abstimmung wird der Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Position angenommen.

Abg. Camp (Rp.): Ich hatte mich zu dem Titel zum Wort gemeldet und verzichte nunmehr auf das Wort. (Große Heiterkeit.)

Der Rest des Etats für Ostafrika wird hierauf debattelos erledigt.

Es folgt der Etat für

Kamerun.

Abg. Schrempf (L.)

beklagt sich über die Erteilung von großen Landkonzessionen an Privatgesellschaften in Kamerun. Viel besser wäre es, wenn die Schwarzen kleine Farmen übernahmen und sie bewirtschafteten. Eine zweite wichtige Frage ist die Arbeiterfrage. Es ist in Kamerun außerordentlich schwer, für die Farmen Arbeiter zu gewinnen und zwar deshalb, weil die Ernährung der Arbeiter durchaus ungenügend ist und ebenso ihre Bezahlung; sie erhalten 5 bis 8 M. den Monat. Außerdem läßt ihre Behandlung sehr viel zu wünschen übrig. Daß die Prügelstrafe dort von Zeit zu Zeit angewendet wird, ist wohl unvermeidlich, aber ihre Ausführung ist außerordentlich brutal und wird von Personlichkeiten vollzogen, die dazu nicht geeignet sind. Die Europäer macht das heiße Klima nervös, und wenn sie dort nicht mehr von civilisierten Menschen umgeben werden, wie hier, und selbst nicht civilisiert genug sind, so bricht ein Grad von Raub bei ihnen hervor, den man bei einem gebildeten Mann gar nicht erwarten sollte. Der Deutsche Reichshof in Stuttgart hat seiner Zeit eine Reihe der schwersten Klagen gegen die Beamten in Kamerun erhoben. Ich werde dies Material dem Herrn Kolonialdirektor zur Verfügung stellen behufs weiterer Prüfung. Ich werde zunächst abwarten, was geschieht, und wenn man sich ebenfalls darauf beschränken sollte, die Sache durch die Presse des Herrn Gouverneurs v. Püttkammer anzusehen, werde ich später im einzelnen Falle zur Sprache bringen. Es wird darin vor allen Dingen über die grausame Behandlung der Eingeborenen, auch von unsittlichen Ausschreitungen gegen dieselben be-

richtet. (Hört! hört!) Ich bedaure es außerordentlich, wenn unsere Kolonialpolitik dahin führen sollte, daß die Eingeborenen sich sagen müßten, wenn wir nur niemals die schwarz-weiß-rote Flagge gesehen hätten.

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Ich wäre dem Herrn Vorredner sehr dankbar, wenn er mir das Material überließe. Was die Plantagenwirtschaft anlangt, so wird er von mir nicht erwarten, daß ich mich den Schwarzen gegenüberstelle als den deutschen Landbesitzer. Ich werde mich bemühen, die richtige Mitte zu finden. Ich werde es mir jedenfalls sehr angelegen sein lassen, jeden Mißstand, der in Kamerun zu Tage treten sollte, insbesondere auch auf schlechte Behandlung der Eingeborenen, abzustellen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat wird genehmigt.

Der Etat für Togo wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat für

Südwest-Afrika.

Abg. Vebel (Soc.):

Auch hier kann ich konstataren, daß der Reichszuschuß für diese Kolonie in außerordentlichem Mißverhältnis zu den Einnahmen aus der Kolonie steht. Ich habe anzufragen, wie es mit den Grund- und Bodenverhältnissen in Swakopmund beschaffen ist. Ein Privatmann müßte dort für den Quadratmeter 2 Mark bezahlen. Das sind europäische Preise und ich frage, ob die Privatpekulation oder das Reich den Nutzen davon hat. Weiter habe ich mich zu erkundigen, ob die in Swakopmund beschäftigten Arbeiter für die Dauer ihrer Arbeit auf Grund der deutschen Invalidenversicherung versichert sind. Sind sie nicht versichert, so erleiden sie, wenn sie nach Deutschland zurückkehren, einen mehrjährigen Ausfall und damit eine Verminderung der Rente. Ich möchte dringend bitten, für diese Versicherung Sorge zu tragen. Vor zwei Jahren wurden für die Einfuhr deutscher Mädchen zum Zwecke der Verheiratung 25 000 M. verlangt. Der Reichstag hat diesen Antrag abgelehnt. Nun hat die Südwestafrikanische Kolonialgesellschaft die Einfuhr betrieben. Die Mädchen können aber nur gewarnt werden, nach Südwest-Afrika zu gehen. Die Mädchen, die dorthin gegangen sind, haben außerordentlich traurige Erfahrungen gemacht. Von 60 bis 70 eingewanderten Mädchen sind nur 25 dort geblieben. Einige haben Selbstmord begangen. Die Mädchen müssen dringend gewarnt werden, den Verlockungen der Compagnie Folge zu leisten. Bei der vorigen Etatsberatung habe ich den Fall des Prinzen Prosper v. Arndt hier vorgetragen, der einen Vastard in der schlimmsten Weise ermordet hat. (Der Referent Prinz Arndt verläßt den Saal.) Der Mörder ist nach Deutschland übergeführt worden. Auffällig war die Meldung, die durch die Zeitungen ging, er sei nur zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ich habe nun in der Budgetkommission den Kolonialdirektor gefragt, was an dieser Sache richtig ist, und ich habe die Antwort erhalten, daß der Prinz Prosper Arndt vom Kriegsgericht wegen Mordes zum Tode und zur Ausstoßung aus der Armee verurteilt worden ist. Im Wege der Gnade ist dieses Urteil zunächst in 15 Jahre Zuchthaus verwandelt worden, und nicht genug damit. Durch eine zweite Vergünstigung sind an Stelle der 15 Jahre Zuchthaus 15 Jahre Gefängnis getreten. Das ist nun außerordentlich auffallend. Wenn in Deutschland ein Mörder — (Stille des Präsidenten)

Präsident Graf Vassestrem:

Ich kann nicht zugeben, daß Sie einen speziellen Akt des Kaisers hier kritisieren. Das Vergünstigungsrecht ist ein Recht der Krone, wobei sie niemand Rechenschaft zu geben hat. Sie können einen speziellen Gnadenakt nicht kritisieren. Ich habe zugelassen, daß das Vergünstigungsrecht im allgemeinen besprochen wurde, aber einen speziellen Akt des Kaisers dürfen Sie nicht besprechen. Ich kann nicht zulassen, daß Sie ihn hier kritisieren. (Bravo! rechts.)

Abg. Vebel:

Herr Präsident, ich erlaube mir zu bemerken, daß wir wesentlich beim Militärretat namentlich die Gnadenakte gegen Duellanten, auch unter Aufzählung einzelner Fälle, hier besprochen haben. Dabei gingen wir von der Ansicht aus, daß jeder Gnadenakt von einem Minister gegengezeichnet werden muß. Es handelt sich hier nicht um eine Privatbehandlung des Kaisers, sondern um eine staatsrechtliche Handlung, die die Gegengezeichnung eines Ministers haben muß und für die der Minister die Verantwortlichkeit übernimmt. Ich weiß nicht, ob der Kolonialdirektor oder welcher Minister sonst dieser Gnadenakt hier zu verantworten hat. (Stille des Präsidenten.)

Präsident Graf Vassestrem:

In früheren Fällen handelte es sich immer um eine Prinzipienfrage und nicht um einen speziellen Fall. Ich erkläre nochmals, daß ich Sie dringend erluchen muß, von einer Erörterung des speziellen Falls abzusehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Vebel (fortfahrend):

Ich bin anderer Ansicht. Der Herr Präsident hat aber als Präsident das Recht, mir derartige Vorschriften zu machen. Wenn ich auf den Fall hier nicht weiter eingehen kann, bin ich genötigt zu schweigen. Ich glaube aber, dieses mein Schweigen wird im Lande draußen gewürdigt werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Der Grund und Boden in Swakopmund gehört der Deutschen Kolonialgesellschaft in Südwest-Afrika, die Regierung hat darüber in keiner Weise zu verfügen. Was die Frage anlangt, ob die Arbeiter dort die Invalidenrente nach Maßgabe der deutschen Gesetze beziehen oder nicht, so habe ich zu erwidern, daß dies Gesetz in Afrika nicht gilt, daß aber die Verwaltung grundsätzlich allen denen, die die Rente in Deutschland bekommen haben würden, eine solche Rente zugewilligt hat und zugewillt wird. Der Einwanderung der Mädchen nach Südwest-Afrika steht die Kolonialverwaltung vollkommen fern. Es ist die Deutsche Kolonialgesellschaft, welche aus einem ihr dazu zur Verfügung stehenden Fonds nicht nur Mädchen, sondern auch Familien nach Südwest-Afrika leitete. Daß sich in dieser Beziehung unethische Verhältnisse gezeigt haben, insbesondere, daß Selbstmorde der Mädchen vorgekommen sind, ist die Kolonialverwaltung vollkommen unbekannt geblieben. Ich will aber gern auf Mitteilung des Herrn Vebel hin eine diesbezügliche Anfrage an den Gouverneur nach Windhoek richten.

Abg. Vebel:

Nach meiner Meinung genügt es nicht, daß die Kolonialverwaltung nur den invaliden Arbeitern die Rente zubilligt, sondern es handelt sich darum, daß den Arbeitern während ihrer dortigen Beschäftigung die Versicherung gegen Invalidität ermöglicht werde. Das ließe sich auf dem Wege der Verordnung sehr einfach erreichen.

Abg. Haffe (natl.) wünscht eine Uebersicht über die Konzeptionsverhältnisse in Südwestafrika.

Kolonialdirektor Stübel stellt eine kartographische Darstellung der Besitzverhältnisse in Südwestafrika noch vor der dritten Lesung des Etats in Aussicht.

Das Ordinarium wird bewilligt. Im Extra-Ordinarium werden „zur Vermehrung der Artillerie“ 321 000 M. verlangt. Die Kommission beantragt als erste Rate nur 250 000 M. zu bewilligen.

Abg. v. Vollmar (Soc.):

Die Forderung auf Vermehrung der Artillerie, die hier gestellt wird, ist eine ganz ungewöhnliche und ist von der Kolonialverwaltung in der Kommission absolut nicht stichhaltig begründet worden. Bezeichnend für die Haltung der Herren, die sich sonst immer so warm für die Boeren aussprechen, war es, daß in der Kommission die Vermehrung der Artillerie in Südwest-Afrika im wesentlichen damit begründet wurde, daß man, im Fall die Boeren in großer Menge zu uns kämen, die deutschen Besitzverhältnisse aufrecht erhalten könnte. Man meint, die Boeren wären grausam, sie wollten nicht arbeiten und vor allen Dingen seien sie nicht leicht zu regieren. Ich bin der Ansicht, daß die Boeren

ein außerordentlich tüchtiges Element sind als Pioniere und daß wir es sehr begrüßen könnten, wenn sie in größerer Anzahl gerade nach Südwest-Afrika zu uns kämen. Natürlich wünsche ich ihnen zunächst, daß sie in ihrem eignen Lande unter ihnen zugehenden Bedingungen bleiben können. Kommen sie aber zu uns, so meine ich, müßten wir sie anders begrüßen als mit vermehrten Kanonen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt:

Die Neuherung in der Kommission ist nur von einer Seite gefallen. Herr v. Vollmar hätte die Neuherung also nicht allgemein als Ansicht der Kommission hinstellen dürfen. Ich meinerseits würde die Boeren durchaus in Südwest-Afrika begrüßen. Die Forderung an sich ist durchaus berechtigt. Denn wir müssen in der Lage sein, unsere Kolonie gegen Angriffe jedes eventuellen Feindes zu schützen.

Abg. Dr. Haffe (natl.)

verwahrt auch sich und seine Freunde dagegen, in der Kommission eine derartige Neuherung gegen die Boeren gethan zu haben.

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Es handelt sich bei dieser Maßregel ausschließlich darum, das Schutzgebiet dergestalt auszurüsten, daß es für Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit innerhalb des Schutzgebietes selbst zu sorgen hat. Da es eine außerordentliche Erhöhung des Budgets mit sich bringen würde, wenn die Infanterie verneuert werden würde, so ist es auf Grund vorliegender militärischer Gutachten vorgezogen worden, die Artillerie zu vermehren.

Der Titel wird nach dem Kommissionsantrag bewilligt. Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt; ebenso die Etats für Neu-Guinea, der Karolinen, Palau-Inseln und Mariannens, des Etats für Samoa und die auf die Kolonialverwaltung bezüglichen Titel des Etats des Auswärtigen Amtes.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr: Etat des Reichseisenbahnamts, Petitionen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 23. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien hervor: Das neue Patrimonium. — Die Industriezweige und der Weltmarkt. — Von Barons. — Jugendliteratur. — Von Joseph Trautner. — Die politischen Wanderarbeiter. — Von J. Karst. — Literarische Rundschau: Juristische Literatur. — Von Victor Frankl, Berlin. — Fernand Pelloutier und Maurice Pelloutier, „La vie ouvrière en France“. — Feuilleton: Zur Philosophie des Carnevals. — Eine Studie, lesbar zu allen Zeiten des Jahres. — Von G. H. (Schluß.)

Marktpreise von Berlin am 9. März 1901

nach Ermittlungen des h. Volkepreiskamms.		Kartoffeln, neue, D-Gr.		7—	5—
Weizen, gut	D-Gr.	—	—	1,60	1,20
„ mittel	„	—	—	1,50	1,10
„ gering	„	—	—	1,40	1,00
* Roggen, gut	„	14,35	14,34	1,60	1,20
„ mittel	„	14,33	14,32	1,50	1,10
„ gering	„	14,31	14,30	1,40	1,00
Gerste, gut	„	15,00	14,80	2,60	2,—
„ mittel	„	14,70	13,90	2,40	2,—
„ gering	„	13,80	13,10	2,20	1,—
Haber, gut	„	15,90	15,40	2,80	1,20
„ mittel	„	15,30	14,80	2,50	1,20
„ gering	„	14,70	14,20	2,40	1,—
Rübsen	„	7,—	6,65	1,80	0,80
Den	„	7,90	5,20	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	1,20	—,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	—	—
Linien	„	70,—	30,—	—	—

*) ab Baden.

Produktenmarkt vom 11. März. Getreide. Heute schloßen die verschiedenen anliegenden Momente, insbesondere das kalte Wetter und die festen Preisstellungen aus Oesterreich-Ungarn und Amerika an der erdrückenden Unzulänglichkeit des Marktes. In Getreide und Mehl waren die Umsätze ganz unbedeutend; Preise unverändert, da Krancen bei dem überwiegenden Angebot und der schwebenden Frage nicht zu erzielen waren. Ausländische Offerten waren außerordentlich reich; inländische ziemlich umfangreich; auch Roggen, der in den letzten Tagen knapper gehalten war, war reichlicher zu haben. Gansler notierte etwas fester. Weizen unverändert. Rüböl war ohne Wandel.

Spiritus unverändert. Wer loco 44,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

G. N. 100. In Roabit ist Stephanstraße 2 eine städtische Real-schule.

Wannsee-Bahn. Die alte Wannsee-Bahn wurde am 1. Juni 1874 eröffnet, die neue am 1. Oktober 1891.

N. N. Nach dem Nachtrag zu Ihrem Miethvertrag ist der neue Eigentümer berechtigt, wie von ihm geheißen, mit halbjährlicher Frist zum 1. Oktober 1901 zu kündigen. — N. N. 39. I. Sie können gegen den betreffenden Strafanzuge wegen Verleumdung und Freiheitsberaubung bei der Staatsanwaltschaft erheben. 2. Der Kauf ist perfekt. Ihre Frau kann aber von dem Vertrag zurücktreten, weil sie sich in dem ihren Kauf bestimmten Irrtum befand, der Betreffende sei Gemeindeglied. — Zwei Wetende. Nizdorf. Von der Auflösung des Reichstagswahlkreises ist denjenigen aufgeschloßen, der eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern bezieht oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen hat. Die Nichterhebung der Steuer ist ohne Einfluß auf die Auflösung des Wahlkreises. — N. 95. Kommen Sie in die Sprechstunde.

Arthur K. Briefliche Antwort ertheile ich nicht. I. Aufträge betreffend den Austritt aus der Landesliste. In Preußen kann nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 jeder (im Geltungsgebiet des Allgemeinen Landrechts, jeder der das 14. Lebensjahr vollendet hat) aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung dadurch austreten, daß er in Person vor dem Richter seines Wohnorts eine dahingehende Erklärung abgibt. Der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Sodann findet, nicht vor 4 und nicht nach 6 Wochen nach Eingang dieses Antrags, vor dem Richter Termin zur Aufnahme des Antrags zu gerichtlichen Protokoll statt. Der aus der Kirche Ausgetretene erhält auf sein Verlangen eine Bescheinigung seines Austritts. — Die Austrittserklärung kann nur in Person, und nur für diese Person, also nicht für Ehegatten, Kinder oder Minder, erfolgen. 2. Wegen Aufnahme in die freireligiöse Gemeinde wenden Sie sich direkt an diese (Hoffmann, Blumenstr. 14).

Z. Z. 30. I. Rein, es liegt Verjährung vor. 2. Den vollen Rest müßten Sie zahlen, denn zunächst beträgt die Verjährung in Ihrem Fall, da die Waren zum Gemeinbetrieb entnommen sind, 4 Jahre und ferner liegt in den Abschlagszahlungen ein Anerkenntnis der Schuld. Ein solches unerbricht aber den Lauf der Verjährung. — C. Z. 68. I. In 6 Jahren. 2. Strafantrag ist nicht erforderlich. — G. S. 100. Nach Aufhebung der Verlobung sind die Verlobungsgelder (Ring, Photographie u. dergl.) zurückzugeben. Auf Rückgabe kann innerhalb eines Jahres beim Gericht (Amtsgericht und bei Objekten über 300 M. Landgericht) geklagt werden. — N. N. 9. Ja. — G. N. 82. I. In der Regel einer. 2. Bei der Anmeldung. — W. N. 1840. Es kann Ihnen lediglich wiederholt geraten werden, von allen Schritten mit Ausnahme des auf Aufhebung der Entmündigung abzielenden Abhand zu nehmen. Eine weitere Publikation muß als völlig unethisch abgelehnt werden. — Wählerart 72. Rein.

N. N. 10. Sobald sich herausstellt, wer tatsächlich die Summe zu viel bezahlt hat, muß sie ihm zurückgestellt werden; sonst liegt, falls der Chef einverstanden ist, kein Hindernis vor, über die Summe zu verfügen. — N. N. 13. Wird bei dem Betribe einer Eisenbahn ein Mensch getötet oder körperlich verletzt, so haftet der Bahnbesitzer für den dadurch entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getöteten oder Verletzten verursacht ist. Die Witwe des Ueberfahrenen hat also unter der Voraussetzung, daß nicht eigenes Verschulden vorliegt, vollen Anspruch auf Schadenersatz. Der Schadenersatz besteht in dem Erlaß der Kosten einer verlustigen Leistung und der Beerdigung sowie in Erloß dessen, was der Witwe infolge des Unfalls ihres Mannes an Unterhalt entgangen ist. Die Höhe dieses Unterhaltsbetrages ist unter Würdigung aller Umstände vom Gerichte zu bestimmen und, falls man sich nicht über ein Kapital einigt, in Form einer Rente zuzubilligen. Davon, daß dieser Betrag 300 Mark nicht übersteigen dürfte, kann gar keine Rede sein. In der Regel wird er in einer Jahresrente von etwa 600 bis 1200 Mark bestehen. Sollte in der That die Elektrische Schenke haben, 300 Mark Kapital-Umschlagung sei der Höchstbetrag und dies christlich zum Ausdruck gebracht haben, so veranlassen Sie wohl die Witwe, mit dem Material Montag oder Freitag in der juristischen Sprechstunde vorzusprechen. — N. N. 97. Rein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 12. März.
Cyrenhaus. Das goldene Kreuz. Bergheimmicht. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll). Geschlossen.
Schiller. Wodmerschölm. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Tereinte. Hierauf: Sentimental-Gemächer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Gattenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Wahrheitsmund. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Buntes Theater: Niederbreitl. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Rabatten-Vater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Son Top. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Der Erbfolger. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damen-Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Die Goldgräber von Kalifornien. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Der Weibalte. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Das Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. D. Vorstellung. Rosenbierstag. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hrania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterland) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung.“
Im Hösaal: Mittelmeerfahrten. Anfang 8 Uhr.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von A. Hirt.
Mittwochabend 8 Uhr:
Ein Schritt vom Wege.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.

Central-Theater.

Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.
 Gastspiel: **Miss Mary Halton.**
San Toy.
 Chinesische Operette in 2 Akten von Edm. Morton, Greenbank und Rob. Muffit von Sidney Jones.
 Morgen und folgende Tage: San Toy.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Goldgräber von Kalifornien.
 Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Das Modell. Donnerstag: **Kabale und Liebe.** Freitag: **Opern-Gastspiel: Undine.** Romantische Oper in 4 Akten von Ludwig Spohrer. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: **Kindervorstellung: Tornadoschen.** Abends: **Die Blühzeit.** Direktverkauf zur Opern-Vorstellung von heute ab an der Kasse.

Passage-Panoptikum

Neu! Neu!
Yvette Guilbert
 mit ihren Orig. Vorträgen: La Gu (Das Herz der Mutter), Nervouse, Ma Grandmère, Rosa la Rouge.
 Die große Künstlerin ist in Lebensgröße dargestellt. Täglich Vorträge sind u. d. Künstlerin selbst in den phono. Apparat gelangen und erzielt keine zweite Aufnahme derselben. Es bietet sich jedem, der Yvette Guilbert noch nicht gesehen u. gehört, hier Gelegenheit, das Verlangen in einer Weise nachzuholen, die nur wenig hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.
Neu! Singhalesen-Truppe. Der Mann mit dem Riesenhaut, 3 Mtr. 65 Cm. Der Riese Dinkins. General Boum.
 Entree (inkl. Theater) soweit der Raum reicht 50 Pf.

Wedding-Park

Haller-Strasse 178.
 Jeden Dienstag
 Jeden Donnerstag
Original Norddeutsche Sänger.
 Biegler, Wolff, Hohenberg etc.
 Dirigent: **W. Trapp.**

GRANIA

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
Dienstagabend 8 Uhr:
Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung.
 Im Hösaal:
Mittelmeerfahrten.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM

Ein Riesen-Neu! Neu! Neu! GORILLA
 aus Yaunde, Hinterland von Kamerun — erlegt von einem Deutschen, die größte zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts.
Konzertkapelle la Zarina.
 Der Germanensaal.

Thalia-Theater

Dresdenstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Der Rabatten-Vater.
 Posse mit Ges. u. Tanz in 5 Bildern. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Herren: Thomas, Thielcher, Helmerding, Juntermann, Bontmüller.
 Damen: Milton, Hoff, Bannowitsch.
 Im 5. Bild: Das Heberbreitl.
 Pierrot: Emil Thomas. Solobühne: Guido Thielcher. Darflein: Hans Juntermann. Morgen und folgende Tage: **Der Rabatten-Vater.**

Metropol-Theater

Behrenstr. 35/37.
Man lebt ja nur einmal.
 Große Gesangsposse in 5 Bildern. Vorher:
Das neue März-Spezialitäten-Prgr.
 Anf. 7 1/2 Uhr, der Posse 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast**, Burgstr. 22.
Das Prima März-Programm!
 Nur Schläger L. Haas!
 8 1/2 Uhr Bräutle 8 1/2 Uhr
Die beiden Wenzel.
 Schwan in 1 Akt von G. Felsch Raabe, früher Schauspieler: Dr. Richard Winkler.
Brothers Lington in ihren großartigen Bekanntheit als Grotto-Atroboten Mac Kean, neu für Europa! Elektro-Plinius-Gelänge-III. Familie Koller-Talasschus, fünf Personen auf dem Turm.
12 Prima Schauspieler.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Fortsetzung der
Damen-Ring-Kämpfe
 Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.
Rosendienstag.
17 erstklass. Nummern.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg!
Grigory-Truppe Salerno
Die Wolkovskys Bernh. Mörbitz
Miss Deyo
 sowie die neuen März-Spezialitäten. Um 9 Uhr:
Des Löwen Erwachen.
 Kasseneröffnung 7, Anf. 8 Uhr.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Neues Programm!
 Siehe sämtliche Zäulen.

Cirkus Busch

Dienstag, den 12. März, 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
 Feiner Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton S. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke, außerdem: Fräulein Martha Mohrke, Schutzeiterin, als „Weiße Dame“ u. Zum Schluss: „Zum 105. Male.“

Die eiserne Maske.

Le masque de fer.
 Grobes historisches Manège-Schauspiel in 4 Akten und 8 Hauptbildern.
 Unter andern: Die Jagd bis in die Grotte des Fingert.
 Sonntag, 17. März, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landparaden“, wozu jeder Erwachsene auf allen Stühlen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Nach jeder Soliree:
Tanzkränzchen.
 Wochentags Tanz frei. Bereinbillet gültig.
 Donnerstag:
Wachsguren.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Wronnenstraße 16.
Ehrliche Arbeit.
 Volksstück mit Gesang in drei Akten (5 Bildern) von H. Willen.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
 Mittwoch:
Mein Leopold.

Gardinen

Specialhaus.
 Berlin S., 158. Emil Lefèvre
 Oranienstr.
 Wunderbare Neuheiten. Gardinen, Stores, Sitzgarnen in Seccifon u. Jugendstil. Katalog ca. 450 Illust. gratis u. franco. Reste von 2-6 Fenster spottbillig.
 Mein Gardinen-Apparat ermöglicht in 5 Min. Beichtigung von ca. 300 Original-Mustern.

Gardinenhand

Bernhard Schwarz.
 Nur Gardinen u. Stores.
Wallstraße 29
 Für Eingang.
 Engros, Detail, Export.
 Garantierte Haltbarkeit.
 Beste Preise.

Möbel

und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen.
 Eigene Werkstätte im Hause.
Bukow, Invalldenstr. 13.
 Lager: Vorderer u. I. Etage.

Kinderwagen

4-8, 8-12, 12-15, 15-18, 18-20, 20-25, 25-30, 30-35, 35-40, 40-45, 45-50, 50-55, 55-60, 60-65, 65-70, 70-75, 75-80, 80-85, 85-90, 90-95, 95-100.
 Sportwagen, Wappwagen, Kinderwagen, Kleinfahrer, Kleinfahrer, Kleinfahrer, Kleinfahrer.
B. Teschke,
 Hauptgeschäft: Rosenholzerstr. 40.
 oder Filiale zu vergeben.
W. Richter, Culmburgerstr. 36.
Serren-Anzüge.
 u. Paletots, eleg. Ausfertigung, auch nach Maß, geg. Kasse u. Teilzahlung.
J. Kurzberg, Landbergerstr. 13, part., kein Laden.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über die bevorstehende Aenderung des Krankenlohn-Gesetzes.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Besuch ersucht.
Der Vorstand.

III. Wahlkreis.

Mittwoch, 13. März, abends 8 Uhr, in der Ressource, Kommandantenstr. 57:
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über: Ziel und Wege.
 2. Diskussion.
 Zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet.
Der Vertrauensmann.

Rixdorf. Socialdemokratischer Wahlverein.

Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Apollo-Theater, Germaniastr. 48-49:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Dr. Paul Bornstein über: Die ärztliche Wissenschaft in der Gegenwart und Zukunft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Besichtigung der zur Aufnahme gemeldeten Mitglieder.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Morgen Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen P. Jahn über: „Welthandel im 19. Jahrhundert.“
 2. Abrechnung vom Selbstvergnügen.
 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Dienstag, den 12. März, abends 7 Uhr, bei Herrn Siebig, Gr. Frankfurterstr. 28:
Versammlung
sämtlicher Arbeiter der Firma Julius Pintsch.
 Tages-Ordnung:
 1. Unter welchen Umständen arbeiten die Kollegen im Betriebe der Werkfirma Pintsch? 2. Diskussion.
Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenzen:
Drücker und Gürtler bei Stramm, Ritterstraße 123.
Schlosser bei Mürschel, Jädenstraße 35.
Die Ortsverwaltung.

Lichtbilder-Männervortrag

Naturbild. Grundmann Kommandantenstraße 20.
 Eintritt 20 Pf. 1 Prof. für. morgen Mittwoch, abends 9 Uhr.
 über: **Männer-Geschlechtsleben und -Leiden.**
 Naturärztliche Zeyherstr. 11-2. 6-8. Kurbad, Köpcke-Str. 72.
 Derselbe Vortrag: **Freitag, 15. März, Andreasstr. 21 bei Stechert.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
 Sonntags 6 Uhr. Spezialitäten. **J. N. Hutt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Riesen-Walfisch.

21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.
 Zu besichtigen Reinickendorfer- und Havensstraße-Ecke bei Stadtring- Bahnhof Wedding. 9022*
 Eintrittspreis 20 Pf. Eintrittspreis 20 Pf.
 Im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr.

Vereine, Fabriken!

Zu Sommerfestlichkeiten empfehle mein ca. 20 Morgen großes, an der Oberhöhe herrlich gelegenes Stablfestament 7212*
Schloßpark Wilhelmshof.
 2 große Tanzsäle. Coufante Bedingungen. Fr. Dollnacki.

Aug. Stein Gold- und Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstrasse 177. Ecke Adalbertstr.
Einfegnungs-Geschenke
 Lange Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 R. an.
 Boutons, Broschen, Herchen, Halsketten, Verloos. 1958*
 Trauringe, gefasst gehauene 900, 1 Dufaten 10 R., 2 Dufaten 20 R.
 250 Pf. Silberwaren vom billigsten bis feinsten Genre.
 Jeder Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preise ausgezeichnet.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
 (G. S. Hamburg.)
Filliale Rummelsburg.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr **Albert Schröder** am Sonnabend, den 9. März, verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet heute Dienstagmittag 3 Uhr vom Sterbehause, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee Nr. 48-49 aus nach dem Friedrichsberger Kirchhof statt.
 Um rege Beteiligung bitten
119/2 Die Ortsverwaltung.
 Den Verwandten nebst den Parteilegendern die traurige Nachricht, daß meine Frau Sonntagabend um 6 Uhr nach vielen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag-nachm. 3 1/2 Uhr von der Charité aus statt.
Julius Victor.
Dankjagung.
 Für die innige Teilnahme und reichen Blumenpenden bei dem Begräbnis meiner lieben Frau sage ich im Namen meiner Kinder und Verwandten allen Freunden und Bekannten, unseren Herrn Mitarbeitern, insbesondere Herrn Waldes Rausche für die tröstlichen Worte, und der „Freien Welterbater“ meinen herzlichsten Dank.
Emil Kensberg,
 Wallnertheaterstraße Nr. 14.
Dankjagung.
 Allen Kollegen, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein im 4. Reichstags-Wahlkreis (Südosten) für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Gustav Heibig** sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank.
Ww. Bertha Heibig.
Orts-Krankenkasse der Sattler
 und verwandten Gewerbe zu Berlin. Zweite Abänderung zum Statut. Artikel 1. § 54 Absatz 2 des Statuts erhält folgende Fassung:
 Dieselben sowie die andern Beamten werden von der Generalversammlung gewählt, sie müssen großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein.
 Absatz 3 ist zu streichen.
 Artikel 2.
 Diese Abänderung tritt mit dem ersten Montag nach der Genehmigung in Kraft.
 Berlin, den 21. Dezember 1900.
 G. Werner, Vorsitzender.
 P. Jener, Schriftführer.
 Genehmigt
 Berlin, den 28. Februar 1901.
 Ramens des Bezirksausschusses, Abteilung II:
 Der Vorsitzende: **Kabsler** (L. S.)
 zu 3212/3100 Gew. II. 01.
 zu 3. Nr. 4239 Gew. II. 01.
 zu II C. 14/1 01.
 Vorstehende Abänderung macht hiermit statutemäßig bekannt.
 Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Sattler u. verw. Gewerbe zu Berlin.
 G. Werner, Vors.
 P. Jener, Schriftf., N., Schwinemünderstr. 4. 271/7

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen und organisierten Bildhauer! Das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für unseren Kämpfer Wilhelm Liebknecht fordert alle geeigneten Partei-genossen auf, sich an der Konkurrenz zu beteiligen.

Wir wollen noch darauf hinweisen, daß auf beiden Seiten des Grabes je eine Grabstätte zur Verfügung steht. Dem einfachen und schlichten Charakter des Verstorbenen entsprechend soll auch das Denkmal einfach sein und daher ist von verschiedenen Seiten dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß ein unbehauener Granitblock sich wohl am besten eigne. Jedoch ist es dem Einzelnen freigestellt, auch andre Ideen zur Darstellung zu bringen; auf alle Fälle soll das Porträt (Relief oder Büste möglichst in Bronze) angebracht sein.

Die Entwürfe (Zeichnungen oder plastische Skizzen) sind verschlossen mit einem Motto versehen, bis spätestens 20. April d. J. an den Unterzeichneten einzusenden. Außerdem ist die Adresse des Verfertigers in einem verschlossenen Couvert, welches als Aufschrift das gleiche Motto tragen muß, beizufügen.

Im Auftrage des Komitees: Johann Parr, Berlin (Moabit), Putilystr. 10.

Erster Wahlkreis. Der Wahlverein hält am heutigen Dienstag seine Versammlung in der Fischerstr. 25 ab. Reichstags-Abgeordneter Rosenow spricht über: Junkertum und Bauerntum im Lichte der Geschichte und der Kampf um die Getreidezölle. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Heute abend 8 1/2 Uhr, Große Frankfurterstr. 117: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wehl über die bevorstehende Forderung des Kranken-lassen-Gesetzes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Rixdorf. Socialdemokratischer Wahlverein. Mitglieder-Versammlung 13. März im Apollo-Theater, Hermannstraße 48/49. Tagesordnung: Vortrag des Dr. Paul Bernstein über: Die ärztliche Wissenschaft in der Gegenwart und Zukunft. Der Vorstand.

Zur Lokalkasse. In Schöneiche bei Friedrichshagen ist das Lokal von Händlern zu Versammlungen nicht mehr zu haben. Sollten bei dem betreffenden Wirt Vereinsvergünstigungen usw. angemeldet sein, so wird ersucht, dieselben rückgängig zu machen. Den Parteigenossen steht das Lokal von Händler in Schöneiche zur Verfügung. Die Lokalkommission von Friedrichshagen.

Groß-Lichterfelde. Morgen, Mittwochabend 8 Uhr. General-versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins. Vortrag, Abänderung der Statuten. Freitagabend 8 Uhr im Lokal des Herrn Pagel, Chausseestr. 104, öffentliche Professerversammlung gegen den Antrag der vereinigten Grundbesitzer-vereine auf Verkleinerung des Kommunal-Wahl-rechts. Referent Stadtverordneter P. Hirsch, Charlottenburg.

Kommunales.

Der Stabsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung,

dem von unsren Genossen Borgmann, Bruns und Dr. Freudenberg angehören, hat am Sonnabend seine erste Sitzung abgehalten. Beim Specialat „Ländliche Grundstücke“ wies Dr. Freudenberg darauf hin, daß die in den Gemeinden Rixdorf und Charlottenburg belegenen Grundstücke der Stadtgemeinde Berlin dieser bedeutend mehr an Steuern kosten, als sie der Stadt Nutzen einbringen. Freudenberg gab es der Erwägung des Magistrats anheim, diese recht bedeutenden Grundstücke den Nachbargemeinden in Erbbaupacht zu geben mit der Verpflichtung, Arbeiter-Wohnhäuser darauf zu bauen. Zu einer recht lebhaften Debatte gestalteten sich die Verhandlungen über die Krankenhäuser und Irrenanstalten. Gen. Dr. Freudenberg kündigt an, daß er bei der zweiten Lesung des Etats im Plenum der Versammlung die vom Reichstags-Abgeordneten Antrag im Reichstag gegen die Verwaltung des Moabitirer Krankenhauses erhobenen Beschwerden zur Erörterung bringen werde. Er fragt ferner an, ob dem Magistrat eine in der „Gewerkschaft“ wiedergegebene Äußerung des Inspektors Voedler im Krankenhaus Moabit bekannt sei, wonach der Inspektor den ihm unterstellten Arbeitern mit sofortiger Entlassung gedroht habe, wenn sie dem Verband der städtischen Arbeiter beitreten würden. Vom Magistratsvertreter wurde angeführt, daß sich durch die angeführten Ermittlungen die Unrichtigkeit der Zeitungsnachricht ergeben habe. Die Verwaltung werde die Arbeiter nicht hindern, sich einer Organisation anzuschließen. An den Löhnen und der Verköstigung des Pflegepersonals bemängelte Dr. Freudenberg, daß die Wärter und Wärterinnen schlechter gestellt sind als die Victoria-Schwester und verlange eine gleichmäßige Behandlung aller Pfleger und Pflegerinnen, um so ein dauerndes, thätiges Wartepersonal zu erhalten. Ein hierauf bezüglicher Antrag wurde jedoch vom Ausschuss abgelehnt, weil nach Meinung der Majorität die Arbeitsleistung nicht übereinstimmend sei und die aus besseren Familien stammenden Victoria-Schwester eine bessere Behandlung gewöhnt seien! Die Löhne des Pflegepersonals der Irrenanstalt Dalldorf hat die Verwaltung auf 108 474 M. veranschlagt, an den Etat aber die Vermehrung geknüpft, daß versucht werden solle, mit 100 000 M. auszukommen. Auf Vorhalten des Ausschusses erklärte der Magistrat diese Vermehrung für einen vorgekommenen Lapsus. Dr. Freudenberg wies ferner darauf hin, daß von der Verwaltung bereits mehr Geistesranke in Privatirrenanstalten untergebracht seien, als die neue Anstalt in Wuch zu fassen vermöge und daß infolgedessen schon jetzt an den Bau einer vierten Anstalt gedacht werden müsse. Der Magistrat erwiderte, daß sich die Verwaltung um ein Grundstück für diesen Zweck bemühe. Beim Etat für „Wuhlgarten“ fragte Borgmann, ob der Magistrat Maßregeln ergriffen habe, die eine Wiederholung des Vorfalles verhindern, daß eine bereits begrabene Leiche eines Epileptikers wieder ausgegraben und der Kopf abgetrennt wurde, um wissenschaftliche Untersuchungen daran vorzunehmen. Die Richtigkeit der Zeitungsnachricht wurde vom Magistratsvertreter bestätigt. Der Leiter der Anstalt habe sich im wissenschaftlichen Uebereifer zu dem auch vom Magistrat getadelten Schritt verhalten lassen. Bei allen städtischen Anstalten bestehe die Vorschrift, daß Sektionen am Verstorbenen nicht vorgenommen werden dürfen, wenn innerhalb 24 Stunden nach dem Tode von hierzu berechtigten Personen Einspruch erhoben werde. Gegen den Beamten Schwabe ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft. Bis jetzt sei vom Magistrat noch nichts geschehen, um solche Vorkommnisse künftig zu verhindern, doch sei eine Aufforderung des Ober-Präsidenten an den Magistrat ergangen, eine generelle Vorschrift zu erlassen. Borgmann glaubte, daß der Magistrat eine solche Verfügung hätte erlassen können, ohne erst die Anregung der Aufsichtsbehörde abzuwarten. Gegen eine Secierung von Leichen im Interesse der Wissenschaft und der Krankenbehandlung sei gewiß nichts einzuwenden, nur müßten die Lezge sich nicht von ihrem Uebereifer zu weit fortreiben lassen. Die zweite Lesung des Etats der Wabeanstalten wurde ausgesetzt, weil man auf eine Anfrage von Bruns, welche Funktionen die im Etat mit 24 000 M. monatlich im Lohn eingestellten Gallerie-schlichter hätten, keine Auskunft geben konnte. Eine längere Debatte gab bei diesem Etat die Petition der Privat-Wadeanstalts-Bezirker, die aus den „Wohlbädern“ „Armenbädern“ machen möchten, und die verlangen, daß die Stadt sie für den ihnen durch die Konkurrenz der Volks-Wadeanstalten entgangenen Gewinn entschädige. Borgmann bezeichnete die er-

hobenen Forderungen sehr zutreffend als „überschämte Annahmen“, die nicht energisch genug zurückgewiesen werden könnten. Der Ausschuss ging denn auch über die Petition zur Tagesordnung über. Änderungen wurden in den erledigten Etats nicht vorgenommen.

Die Zahl der an das Rohrfließ der Berliner Wasserwerke angefallenen Grundstücke betrug am Ende des letzten Verwaltungsjahrs 25 327 d. i. 301 mehr als im Vorjahr. Von diesen Grundstücken waren 20 624 an das Rohrfließ der Niederstadt und 4527 an das Rohrfließ der Hochstadt angefallen. Die Zahl der städtischen Leitungswasser benutzenden Personen betrug im Jahresdurchschnitt 1 810 261 d. h. 25 262 mehr als im Vorjahr. Der Wasserverbrauch pro Kopf und Tag stellt sich auf 79,74 Liter.

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit der Bewilligung von Ruhegeld und der Hinterbliebenen-Versorgung an die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt dauernd thätigen Arbeiter beschäftigen. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage hat nach sechs Sitzungen der Stadtverordneten Dinsje zum Berichterstatter gewählt, der über die bereits früher von uns mitgeteilten Beschlüsse berichten wird.

Lokales.

Ueber die Mittel der Frauen an der Ausführung des neuen preussischen Fürsorge-Erziehungsgesetzes, das am 1. April dieses Jahrs in Kraft tritt, wurde am Sonnabend in einer all-gemeinen Versammlung der Mitglieder hiesiger Erziehungs- und Fürsorgevereine beraten. Die Erörterung, die durch ein Referat des Geheimrats v. Massow eingeleitet wurde, war sehr ausgedehnt und lebhaft, aber sie führte eigentl. zu keinem besonderen Ergebnis. Es wurde lediglich festgestellt, daß die Mitwirkung der Frauen bei der Ausführung des Gesetzes notwendig sei und daß die auf dem Gebiet der Erziehung und der bewahrenden Fürsorge thätigen Vereine zu solcher Mitwirkung bereit seien. Ob ein einheitliches Vorgehen geplant ist, blieb unklar; wenigstens wurde ein dahingehender Beschluß weder gefaßt noch überhaupt angeregt. Die Thätigkeit der Frauen soll vorwiegend bestehen in Ermittlung und Erfüllung solcher Fälle von Verwahrlosung, bei denen die Notwendigkeit einer Fürsorge-Erziehung vorzuliegen scheint. Diese Fälle sollen gegebenenfalls zur Kenntnis der Behörden gebracht werden, damit diese das Erforderliche veranlassen können. Herr v. Massow sprach auch davon, daß die Frauen noch einen Schritt weiter thun und die Gründung geeigneter Erziehungsanstalten aus Privatmitteln betreiben sollten, aber von anderer Seite wurde auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Im allgemeinen wurden von den Damen recht überauswünsliche Hoffnungen an das Fürsorge-erziehungsgesetz gefaßt, besonders hinsichtlich der jugendlichen Prostituierten. Wir fürchten indes, gerade hier wird sich zu allererst zeigen, daß das Fürsorgeerziehungsgesetz eben doch nur bis zu einem gewissen Grade zur Bekämpfung jugendlicher Verwahrlosung beitragen kann. Wir unterschätzen den Wert der Erziehung — und sei es auch nur das traurige Surrogat „Zwangserziehung“ — gewiß nicht, aber eine gute Erziehung allein bietet keinen hinreichenden Schutz gegen die Gefahr des Straußens. Die Thatsache, daß die Zahl der Prostituierten zu- oder abnimmt, je nachdem die Erwerbsverhältnisse schlechter oder besser werden, beweist deutlich genug, wie stark hier wirtschaftliche Ursachen mit-sprechen.

Sommerurlaub für die städtischen Arbeiter. Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter wird uns geschrieben: Die Deputation der städtischen Kanalisationswerke hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, die Forderung der Kanalisationsarbeiter auf Bewährung eines Sommerurlaubs mit der Begründung abgelehnt, daß sie hierzu nicht zuständig wäre und nur der Magistrat darüber entscheiden könnte. Darauf muß erwidert werden, daß schon im August 1899 die gesamten städtischen Arbeiter an den Magistrat eine Petition um Gewährung von Sommerurlaub richteten, daß aber bis auf den heutigen Tag — also nach 1 1/2 Jahren — den Besetzten noch kein Bescheid vom Magistrat erteilt worden ist. — Offensichtl. holt nun der Magistrat das Versäumte nach und trägt dafür Sorge, daß der gewünschte Urlaub den städtischen Arbeitern im bevorstehenden Sommer gewährt wird.

Das Ocularium und seine medizinischen Comis. Aus ärztlichen Kreisen wird der „Frank. Zeitung“ geschrieben: Das Berliner Brillengeschäft „Ocularium“ sucht in verschiedenen großen Städten unter der Regide eines „persischen Professors“ Albu, der bisher als Augenarzt unbekannt war, Geschäfte zu machen. Die „Schlesische Ärzte-Korrespondenz“ giebt in Nummer 8 über dieses Unternehmen sehr reichlichen Aufschluß. „Das Ocularium“, so heißt es darin, „preis die sogenannten diachromatischen Brillengläser an, die in der oberen Hälfte blau oder grau gefärbt sind oder am oberen Rande einen solchen (Schnur-) Fied haben. Sie sind seit 25 Jahren als diachromatische bekannt, besitzen keinen Vorzug, sind nur teurer. Für das Recht, sich seines Namens zu bedienen, soll das Berliner Ocularium Herrn Albu 15 000 M. bezahlt haben. Dreißig Gerzte sollen die Gläser angekauft und empfohlen haben. Die in Breslau angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß von zwanzig, deren Adresse gefunden wurde, keiner das „Ocularium“ empfohlen hat, alle fanden ihren Namen grüßlich gemißbraucht.“ — Das „Ocularium“ befiehlt in jeder Stadt, wo es etabliert ist, einen Augenarzt, der den ganzen Tag über die Brillenkäufer im Geschäftslökal erwartet, ihnen die passenden Gläser ausfindet und natürlich nur die Brillen des Instituts als die besten zu empfehlen hat. Daß von solcher Dienstleistung, in welcher der Arzt vollkommen dem das Brillengeschäft besitzenden Kaufmann untergeordnet ist und nur in dessen Interesse arbeitet, kein bescheidiger Augenarzt sich herabläßt, ergibt sich schon daraus, daß die gesamten Tagesstunden von dem betreffenden Arzt im Geschäftslökal zugebracht werden, daß dieser also seine eigentliche medizinische und operative Thätigkeit als Augen-arzt überhaupt nicht ausüben kann. Der Breslauer ärztliche Verein hat es mit der ärztlichen Ehre und vereinbar erklärt, an diesem Institut thätig zu sein.

Die Versuche mit dem vom Regierungsrat Hofmann erfundenen Flugapparat, die Sonntag in der Turnhalle der 6. Bürger-schule vor einem zahlreichen Publikum wiederholt wurden, sind wiederum mißglückt. Der Apparat funktionierte in all seinen Teilen vollständig exakt; man hatte außerdem die Schienen der erhöhten Laufbahn mit Seife bestrichen, um die Reibung zu verringern; trotzdem fiel der noch nicht sieben Pfund schwere Flugapparat, sobald er unter dem Antrieb seines Propellers die Laufbahn verlassen hatte, sofort zur Erde nieder und rollte mit dem Hinterkopf seiner drei Beine auf dem glatten Fußboden der Halle dahin, ohne auch nur den geringsten Versuch zu einem Fliegen oder auch nur zu einem Erheben zu machen. Nachdem drei Versuche hintereinander den gleichen Mißerfolg gehabt hatten, gab Regierungsrat Hofmann weiteres Bemühen auf. Wie er erklärte, will er von weiteren Modellversuchen nunmehr absehen und an den Bau eines Flug-apparats in großem Maßstab gehen, von dem er sich bessere Erfolge verspricht.

Dem Dichter Ernst Wichert, der gestern seinen 70. Geburtstag feierte, wurden aus diesem Anlaß zahlreiche Ehrungen zu teil. Die Universität Königsberg schickte ihm das Diplom des Ehren-doktors der juristischen Fakultät. Die Vorstandsschaft des Vereins Berliner Presse, dessen langjähriger Präsident er ist, erschien voll-jährig und brachte dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche des Vereins, der Wicherts treuem Wirken so viel verdankt. Der zweite Vorsitzende, Chefredacteur Voltrath von der „Volks-Zeitung“, ließ

seine herzlichste Ansprache in dem Wunsch gipfeln, daß Wichert dem Verein auch weiter als Vorsitzender seine Kräfte widmen möge. Ferner hatten Abordnungen gelaßt: der Deutsche Schriftsteller-Verband, der Klub des Vereins Presse, der akademische Gesang-verein u. s. w.

Der Nachtrag zum Berliner Adreßbuch 1901 gelangt — wie alljährlich — im Laufe des nächsten Monats zur Ausgabe und wird den Abnehmern der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Alle seit dem Erscheinen des Jahrgangs 1901 eingetretene Ver-änderungen sollen in diesem Nachtrag berücksichtigt werden. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten gebeten, Geschäftseröffnungen und -Verlegungen, Wohnungs- und Geschäftveränderungen, die seit Erscheinen der Hauptausgabe 1901 stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind, oder zu einem jetzt schon feststehenden Termin im laufenden Jahre stattfinden werden, möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 3. April d. J. der Redaktion des Adreßbuchs, SW., Zimmer-strasse 37/41, anzuzeigen.

80 Ausländer sind nach Mitteilung der Gewerbe-Deputation des Magistrats im verfloffenen Jahre hier naturalisiert worden. Es befanden sich darunter 46 Oesterreicher, 14 Russen, je drei Schweizer, Holländer, Belgier und Ungarn, je zwei Italiener, Schweden und Norweger, je ein Engländer, Niederländer, Ameri-kaner und Afrikaner, ein ehemaliger Preuze und sechs Personen, die überhaupt keinen Staatsverband angehörten.

Der Selbstmordversuch einer Riesenbame wird im Oranien-burgthorviertel viel besprochen. Die unter dem Namen „Die starke Münchnerin“ bekannte 23jährige Rosa M., welche bis vor wenigen Monaten mit einem Schauspieler als „Niesin“ auf Messen und Märkten umherzog, hatte zu Weihnachten wegen eines Zwistes mit ihrem Impresario ihre Beschäftigung aufgegeben und war als „die dicke Kellnerin der Welt“ in ein Konzerthaus eingetreten. Der Versuch einer Wiederbegehe jedoch, wie berichtet wird, schon wegen des vielen Umherreisens im Lokal, der ehemaligen, an eine sitzende Lebensweise gewöhnten Riesenbame nicht und sie äußerte wiederholt zu Kolleginnen, sie wolle sich das Leben nehmen. Am Sonnabend versuchte sie ihren Plan auszuführen und sich mit Hilfe einer, an einem Lampenbalen angebrachten Jucker-schnur in ihrer Wohnung in der Chausseestraße zu erhängen. Unter der Last ihres Körpergewichts riß jedoch die Schnur, die Selbstmord-lantern hiel bewußtlos zu Boden und zog sich im Fallen mehrere Verletzungen zu. Das Geräusch des auf den Fußboden aufschlagenden Körpers rief die Hausbewohner herbei, deren Bemühungen es gelang, die Lebensmüde wieder zum Bewußtsein zu bringen, doch liegt sie infolge der Aufregung schwer krank darnieder.

Bei einem Wohnungsbrande erstickt ist Sonntagabend die 33jährige Ehefrau des Maurers Krantz aus der Schwebenstr. 13 b. Frau K. war schon seit langer Zeit derart gelähmt, daß sie sich nur an Krücken fortbewegen konnte. Sie hatte auch bereits ein volles Jahr in einem Krankenhanse verbracht, ohne indes Hilfe zu finden. Sonntag war nun ihr Mann mit den beiden kleinen Kindern zum Wandgottesdienst gegangen, so daß sie allein in der Wohnung zurückblieb. Vielleicht ist sie nun in ihrem Stuhle eingeschlafen und hat das entstandene Feuer, dessen Ursache noch unauflöslicht ist, nicht bemerkt, da sie sonst wohl um Hilfe gerufen hätte. Kurz vor 8 Uhr bemerkten Hausbewohner diesen Qualm durch die Fenster der Kranzichen Wohnung dringen und verlockten sich durch Einbrechen der Thür Eingang. Anfangs war die Verqual-mung so stark, daß ein Vordringen unmöglich schien — auch von Frau K. nichts bemerkt wurde. Einige bezehrte Männer suchten jedoch, am Boden kriechend, das Zimmer ab und fanden die Frau am Boden liegend. Sie trugen sie eiligst nach dem nächsten Fluß und beschleunigten die Feuerwehr und die nächste Unfallstation. Da bei Ankunft der Feuerwehr ein Arzt noch nicht zur Stelle war, fuhr der Rumpfschwagen nach der Unfallstation und holte einen Arzt. Als dieser ankam, gab Frau K. nur noch geringe Lebenszeichen von sich und starb auch einige Minuten später. Ihre Leiche wurde vorläufig polizeilich beschlagnahmt. Der Ehemann K. kam in dem Augenblick mit seinen Kindern an, als seine Frau bewußtlos aus der brennenden Wohnung getragen wurde. Das Feuer selbst hat nur Kleidungs-stücke und den Fußboden zerstört und konnte leicht gelöscht werden.

Die Fuchs-Voa. Ein Berichterstatter erzählt: Gestern vor-mittag ging die 26 Jahre alte Buchhalterin Fräulein Jahn, bei ihren Eltern in der Wilmersdorferstraße in Charlottenburg wohnhaft, nach dem Bahnhof Jannowitzbrücke. Sie trug eine Fuchs-Voa, die an einem Ende in einen Fuchstopf auslief. Der Pelz erregte die Mut eines in einem Hausflur stehenden Fleischhunds, der auf die Abklingung zulief und die Voa zu jerschren suchte. Das Fräu-lein suchte das Tier abzuwehren, wobei der Hund ihre Hand mit den Zähnen erfaßte und zerbiß. Erst der inzwischen hinzugelommene Besitzer des Hundes vermochte das sich wie rasend gebärdende Tier zurückzuführen.

Eine Uelversprechende Pflanze wurde gestern auf dem Bahnhof Alexanderplatz in der Person eines noch nicht 13 Jahre alten Knaben Josef K. festgenommen. K. ist der Sohn eines hiesigen kleinen Beamten. Durch Lesen von Indianer- und Abenteuer-geschichten war er auf den Gedanken gekommen, auszuwandern und auf Aben-teuer auszugehen. Das Geld zur Reise verschaffte er sich durch Diebstähle. Er ging in Läden hinein, die von einem jungen Mädchen verwaltet wurden, und fragte nach „Fräulein Bertha Schulz“. Während man ihm dann sagte, daß eine solche Dame im Geschäft nicht bekannt sei, sah er sich nach der Einrichtung um und erpäpste namentlich den Weg zur Kasse. Einmal traf er wirklich eine Bertha Schulz, ließ sich aber dadurch nicht im geringsten in Verlegenheit bringen, hatte vielmehr gleich einen Vorwand, sie nach einem andren Fräulein zu fragen. Sobald er eine Ge-legenheit ausbaldowert und insbesondere auch festgestellt hatte, daß sich hinter dem Laden ein Aufenthaltsraum für die Verkäuferin befand, schloß er beim Weggehen die Ladenthür nur so weit, daß sie nur anlehnte, und ohne Geräusch wieder geöffnet werden konnte. Wenn nun die Verkäuferin den Laden verlassen hatte, so ging er behutsam wieder hinein, schlich sich um den Ladentisch herum, plünderte die Kasse und verschwand ebenso ge-räuschlos mit der Beute. Ein solcher Diebstahl gelang ihm siebenmal, zuletzt in der Chausseestraße. Das Geld vergrub er auf dem Grundstüd, auf dem er bei seinen Eltern wohnte. Als er genug zusammengehohlet zu haben glaubte, grub er die ganze Beute wieder aus, kaufte sich einen neuen Anzug und einen Koffer und wollte die geplante Reise antreten. Er kam aber nur bis zum Bahnhof Alexanderplatz. Hier ließ er Kriminalbeamten auf. Als er diesen über das Ziel seiner Reise verworrene Auskunft gab, nahmen sie ihn mit nach dem Präsidium, wo durch weitere Verböde und Zeugenernehmungen alsbald sein Treiben aufgedeckt wurde. Der Vurche, der einstweilen nur eine Fahrkarte nach Mecklenburg gelöst hatte, wurde vorläufig nach Moabit gebracht.

Betriebsunfall. Nicht geringe Aufregung verursachte gestern morgen gegen 10 Uhr ein Unfall, der sich in dem Wäsche- und Wasemengengeschäft von Kronenthal in der Weihenburgerstr. 81 ereignete. Mehrere Arbeiter waren dort mit dem Einlegen einer Schaufelenterscheibe beschäftigt, als diese plötzlich mit lautem Getöse zu Boden fiel und das Trottoir mit tausenden von Glasplittern bedeckte. Mehrere Personen wurden erheblich verletzt und mußten zur benachbarten Unfallstation gebracht werden.

Der Valetotmarver, der seit langer Zeit in der Universität sein Unwesen trieb, ist jetzt in der Person eines stellunglosen Kauf-manns Hugo Müller festgenommen worden. Müller war fast jeden Tag in der Universität. Jedermann hielt ihn für einen Studenten, auch die Funktion, denen er eine Immatrikulationskarte auf den Namen des Studenten Hofmann gezeigt hatte. Ein Kriminalbeamter

hielt den angeblichen Holtmann für dringend verdächtig. Er packte auf, ob nicht jemand auf den Namen Holtmann einen Leberzucker verlaufen oder versetzt werde. Das geschah bald bei einem Ledler. Nun nahm der Beamte den Verdächtigen fest. Als dieser sah, daß es kein Entrinnen mehr gab, räumte er auch ein, daß er der Kaufmann Hugo Müller sei und die Karte auf den Namen Holtmann in einem gestohlenen Leberzucker gefunden habe. Ueber 50 Gafelots, Schirme und Stöcke mit silbernen Strüßen habe er entwendet und verfehlt.

Ein Bach-Konzert bei freiem Eintritt gibt Herr Musikdirektor Otto Dienel Mittwoch, den 13. März, mittags 12 Uhr, in der Martinskirche. Fräulein Margarete Wiseforn aus Kopenhagen singt die Cantate „Geist und Seele wird verwirret“, Fräulein Clara Bogas die Udo-Arie aus dem Weihnachts-Oratorium und Herr Paul Bronsch Lieder, sämtlich von Bach. Außerdem wirken mit der Cellist Herr Erik Grosse, Herr Hans Wenzel und Herr Bruno Weidner.

Aus den Nachbarorten.

Neuer Sieg bei den Gemeindevahlen. Bei der Stichwahl zur Gemeindevertretung in Alt-Sienicko wurde unser Parteigenosse Pries mit 61 gegen 32 Stimmen gewählt. Bravo! Das sind die rechten Antworten auf die Mißgunst, mit der die preussischen Minister das Vordringen unserer Partei betrachten!

Aus der Stadtverordneten-Sitzung in Spandau. Auf eine bezügliche Anfrage des Stadtverordneten-Vorsitzers erwiderte der Ober-Bürgermeister, daß der Präsident des Schwurgerichts wohl nicht gut informiert war, als er in der Verhandlung gegen den früheren Stenerassen-Buchhalter Solny bei Verurteilung des gegen diesen auf 1 1/2 Jahre Gefängnis lautenden Urteils die Jubiläumsgilde mildernde Umstände damit begründete, daß er angeblich ein unzureichendes Gehalt bezogen hätte. Er habe vielmehr zuletzt ein Jahresgehalt von 2300 M. bezogen und durch Nebenarbeiten ein weiteres Einkommen von 400 bis 500 M. erzielt. Stadtv. Mager brachte die von dem Eisenbahnminister gelegentlich der Landtags-Debatte über die Eisenbahn-Verhältnisse Spandaus in verschiedenen Beziehungen offenbarte irrige Auffassung zur Sprache; nach kurzer Debatte wird beschlossen, die bescheidende Kommission mit der Ausarbeitung einer erneuten Petition, in welcher diese Irrtümer richtig gestellt werden sollen, zu beauftragen. Hierauf interpellierte Stadtv. Dusch (Soc.) den Oberbürgermeister, was die Polizeibehörde in Sachen der Arbeiterfamilie Wohl gethan habe, welche seit Montag, den 4. März obdachlos sei, da der Hausvater ihre Ermittlung veranlaßt, weil die Miete nicht pränumerando, sondern postnumerando entrichtet worden ist! Eine Nacht habe die Familie bereits auf der Polizeiwache Zuflucht suchen müssen. Der Oberbürgermeister erklärte, daß sich die Polizei noch Kräften um eine Wohnung bemühe. Stadtv. Rieger (Soc.) kritisierte das Verhalten des Polizeiaufsehers in dieser Angelegenheit, der dem Wohl unangefordert geraten habe, bei der Firma David Franke Eöhne Arbeit anzunehmen, die eben erst ihre Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen habe. Bei einer Vorlage betr. Nachbewilligung eines Betrags für Schulzwecke erzieht sich eine ziemlich heftige Auseinandersetzung zwischen dem Oberbürgermeister und meinen Genossen Rieger und Holz, da angeblich eine von untrer Seite vorgebrachte Beschwerde bezüglich der 8. Gemeindevorschule nicht auf Wahrheit beruhen sollte. Stadtv. Reinecke, der schon häufig eine solche Feindschaft gegen die organisierte Arbeiterschaft offenbart hat, daß man ihn wohl als den kleinen Stumm bezeichnen könnte, erklärte hierbei, daß unsre Fraktion überhaupt mit „Unwahrheiten“ operiere. Genosse Rieger fertigte den Herrn gebührend ab.

Aus der Frauenbewegung.

Verein der Frauen und Mädchen Schönbergs. Mittwoch, den 13. März, abends 8 Uhr: Wanderverammlung im Saale des Herrn Witte, Deutsch-Wilmersdorf, Berlinerstr. 40. Vortrag des

Hrl. Imle über: „Die Frau in der Vergangenheit und Gegenwart“. Männer und Frauen haben Zutritt.

Auf die Berichtigung des Herrn Pfarrers Köhler, die in Nr. 59 des „Vorwärts“ abgedruckt ist, sehe ich mich genötigt, folgendes zu erwidern:

Daß der Herr Pfarrer gesagt hat, er sehe in der Rechtlosigkeit der Frauen einen idealen Zustand, der nicht beseitigt werden dürfe, das steht gar nicht in meinem Bericht. Ich habe vielmehr in meiner Beurteilung der Ausführungen des Herrn Pfarrers gesagt: „... jedoch war aus seiner Rede deutlich zu erkennen, daß er... in der Rechtlosigkeit der Frauen einen idealen Zustand sieht“ usw. In diesem Falle werden wohl alle, die den Ausführungen des Herrn Pfarrers Köhler gefolgt sind, mit mir übereinstimmen. Der Herr Pfarrer ist dafür eingetreten, daß den Männern die Betätigung auf politischem Gebiet vorbehalten bleibe. Er hat die gegenwärtigen Zustände: Das häusliche Glück der politisch rechtlosen Frau mit so poetischem Schwung gepriesen, daß meine Auffassung, er sehe in diesen Verhältnissen einen idealen Zustand, durchaus berechtigt ist.

Was die Keuherung vom Minnedienst betrifft, so ist auch der darauf bezügliche Satz meines Berichts keine Wiedergabe einer Äußerung des Herrn Pfarrers, sondern eine Beurteilung derselben. Der Sinn dieser Ausführungen des Herrn Pfarrers Köhler konnte gar nicht anders verstanden werden, als daß die dem weiblichen Geschlecht gezollte Verehrung, das ritterliche Eintreten der Männer für die Frauen gewissermaßen ein Ausgleich dafür war, daß die Frauen in öffentlich-rechtlicher Hinsicht eine untergeordnete Stellung einnahmen.

Daß das ist ja nur ein nebensächlicher Punkt. Worauf es ankommt und was ich, den Thatsachen entsprechend, in meinem Bericht zum Ausdruck bringen wollte, ist das: Herr Pfarrer Köhler bedauert zwar die Proletarierfrauen, die durch kapitalistische Ausbeutung ins Elend gestoßen werden, er hat auch nichts dagegen, daß die Frauen über öffentliche Angelegenheiten sprechen, aber den Männern soll es vorbehalten bleiben, für die bedrängte Unschuld einzutreten. Das heißt also, wenn man die pastorale Ausdrucksweise in lares Deutsch überträgt: Die Ausübung politischer Rechte ist Sache der Männer, die Frau möge politisch rechtlos bleiben wie bisher. Das ist eine Ansicht, wie man sie von einem christlichen Pastor nicht anders erwarten kann, und daran ändern Verhätigungen über nebensächliche Dinge gar nichts. G. Reinecke.

Die Anstellung einer Fabrikinspektorin für Hamburg haben die Genossinnen von der Hamburger Bürgerkassette in einer Petition gefordert, die in sämtlichen Versammlungen zur einstimmigen Annahme gelangte, in denen Genossin Jhrer kürzlich in Hamburg über den Arbeiterschutz sprach.

Ein Organ der französischen Sozialistinnen erscheint seit dem 1. März. Es führt den Titel „La femme socialiste“ (Die sozialistische Frau) und erscheint unter der Leitung der Genossin Renaud monatlich. Die Zeitschrift soll das Ziel verfolgen, das persönliche wie das Klassenbewußtsein der proletarischen Frauen zu entwickeln und die Aufmerksamkeit des männlichen Proletariats und der Sozialisten auf die Notwendigkeit zu lenken, die Proletarierinnen in den Klassenkampf einzubeziehen. Die „Femme socialiste“ wird ausschließlich im Dienst der Arbeiterklasse stehen.

Vermischtes.

Die Frau mit den Tausendmarkscheinen. Vor etwa Monatsfrist erschien auf einem Breslauer Postamt eine unbekannte Frau, die am Schalter erklärte, einen Beitrag für die Boeren abgeben zu wollen. Auf die Bemerkung des Beamten, er könne nur Gaben für die in Ostasien kämpfenden Deutschen annehmen, sagte die Frau kurzweg: „Auch gut, es bleibt sich gleich, für wen das Geld verwendet wird“, legte

drei Tausendmarkscheine auf das Schalterbrett und ging davon. Am selben Tage sprach auf der Redaktion des „Breslauer General-Anzeigers“ eine ebenfalls unbekannt gebliebene Frau vor und hinterlegte dort für die Boeren wiederum drei Tausendmarkscheine. Am Freitag nun veröffentlichte das genannte Blatt eine ihm zugegangene mit G. Wottha unterzeichnete Depesche, worin die edelmütige Spenderin der 3000 M. in dringender Angelegenheit um Angabe ihrer Adresse gebeten wird. G. Wottha, wie er angiebt, ein Neffe des bekannten Boeren-Oberbefehlshabers, gehört zu dem „Trandsdaal“-Klub, dessen Mitglieder zur Zeit in öffentlichen Versammlungen für die Sache der Republik Stimmung machen. Noch weiß man nicht, wer die rätselhafte Geberin ist, und um der ganzen Sache die Krone aufzusetzen, bringt die „Schlef. Jtg.“ in ihrer Sonnabend-Abendnummer folgende Notiz: „Am 18. v. M. zwischen 8 und 4 Uhr soll eine unbekannte Dame im Flur der Maglimit zwei armen Frauen (Schwestern), mit denen sie Mitleid empfand, zwei Scheine (Banknoten) geschenkt haben, deren Wert die Frauen gar nicht konnten. Als diese die Scheine in einem Geschäft auf der Sandstraße wechselten, wurde ihnen erst bekannt, daß es Tausendmarkscheine seien. Von der Behörde wird nun geprüft, ob die Ausgaben dieser beiden Frauen auf Wahrheit beruhen. Die betreffende Dame (die Spenderin der reichlichen Gabe), wird daher von der Polizei gebeten, im Zimmer 58 des Polizeipräsidiums eine Erklärung abzugeben“. In allen drei Fällen handelt es sich zweifellos um ein und dieselbe Persönlichkeit. Von einem Beamten des oben erwähnten Postamts wird die Frau als „einfach gekleidet, fast lässlich“ geschildert.

Verkrachtes Bankhaus. Das Bankhaus Albert Holz in Breslau ist gestern vormittag von der Polizei geschlossen worden. Wie die „Breslauer Zeitung“ erfährt, hat die Staatsanwaltschaft die Geschäftsbücher und Papiere beschlagnahmt. Holz soll aus Breslau verschwunden sein.

Ueber ein Eisenbahn-Unglück wird aus Wraffel vom Sonntag berichtet: Gestern abend fuhr infolge eines Versehens bei der Weichenstellung in der Nähe des Bahnhofs Heule (bei Conitral) ein von Koulers kommende Personenzug auf einen Güterzug auf. Mehrere Personenzüge entgleisten. Der Lokomotivführer und zwei Reisende wurden getötet, eine Anzahl von Passagieren schwer verletzt.

Defen in Nordamerika. Aus New York wird vom Montag berichtet: Gestern und vorgestern wurden die nördlichen und westlichen Staaten der Union von einem schweren Sturm heimgesucht, der die Eisenbahn-Verbindungen sowie den telegraphischen und telephonischen Verkehr störte. In Wilspoint (Texas) kamen acht Personen um; in andren Teilen des Landes sollen gegen 100 obdachlose Personen ums Leben gekommen sein.

Witterungsübersicht vom 11. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand, mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. G. um 8 Uhr	Stationen	Barometer-stand, mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. G. um 8 Uhr	
Stettin	761.0	3	bedeckt	0	0	Saparanda	746.5	SW	—	bedeckt	-5	
Hamburg	758.5	4	bedeckt	0	0	Petersburg	—	—	—	—	—	
Berlin	757.0	4	bedeckt	1	1	Coit	764.2	—	—	3	bedeckt	8
Frankf./M.	753.2	4	Regen	2	2	Aberdeen	759.5	SE	1	bed.	8	
München	751.5	3	Regen	3	3	Paris	757.2	SE	3	Schnee	1	
Wien	750.0	4	bedeckt	3	3							

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. März 1901.
Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frischen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Adressbuch

für Berlin und seine Vororte.

Wie alljährlich gelangt auch diesmal der Nachtrag zum „Adressbuch für Berlin und seine Vororte“ im Laufe des Monats April zur Ausgabe. Alle seit dem Erscheinen des Jahrgangs 1901 eingetretenen Veränderungen sollen in diesem Nachtrag berücksichtigt werden. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten gebeten,

Anmeldungen für den Nachtrag

des Adressbuchs möglichst umgehend, **spätestens bis zum 3. April** der Redaktion des Adressbuchs, SW, Zimmerstr. 37/41, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebe man bis zu diesem Termin Mitteilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit Erscheinen der Haupt-Ausgabe 1901 stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Termin im laufenden Jahre stattfinden werden. Alle Abnehmer der Haupt-Ausgabe erhalten den Nachtrag unentgeltlich.

August Scherl.